Nr. 52 — Jahrgang 20 | Einzelnummer 0,30 Zł. | Sonnabend, den 27. Oktober 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1.00 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11 | Postscheckkonto P. K. O. Nr. 303732 | Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 31378

Wieder Riesenstreik in Amerika

30000 Arbeiter und Arbeiterinnen bereits im Ausstand. — Unnachgibigkeit der Textilindustriellen Vor scharfen Kampfmassnahmen der Gewerkschaften

Bei dem vor einigen Wochen abgebrochenen Riesenstreik der Textilarbeiter haben die Industriellen den Gewerkschaften gegenüber die Verpflichtung übernommen, sich dem von der Regierung vorgeschlagenen Schiedsgericht zu unterwerfen, wobei sofortige Einführung der 36-Stunden-Arbeitswoche in Aussicht gestellt wurde. Die weiteren Forderungen nach Lohnerhöhung und Anerkennung der Gewerkschaften sind damals dem Schiedsspruch freigestellt worden.

Bekanntlich kam es bei dem Streik der 500 000 in der Textilindustrie zu wiederholten blutigen Zwischenfällen mit der Polizei, Streikbrechern und den Streikenden, was vielfach Tote und Verletzte forderte.

Unter diesem Eindruck waren die Gewerkschaften zum Streikabbruch bereit, um zu beweisen, dass sie die Massen in der Hand haben und die Regierung der Gewerkschaftsleitung vertrauen kann, dass auch ein kommendes Schiedsurteil von der Arbeiterschaft innegehalten wird.

Da die Unternehmer ihre Zusagen nicht innehalten und die Regierung ihrerseits eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllt hat, wurden überall Streikausschüsse gebildet, die ohne Delegierten zu einem Gewerkschaftskongress nach New York entsenden, wo der Generalstreik für die ganze Textilindustrie ausgerufen werden soll. Da die Unternehmer bereits durch Streikbrechergarden provozieren, sind im Paterson-Bezirk in New Jersey noch vor dem Beschluss der Gewerkschaften 30 000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Die Gewerkschaften stellen in Aussicht, dass sie den Kampf mit schärfsten Mitteln führen werden und nicht eher den Streik abbrechen, bis alle Forderungen restlos erfüllt sind.

Sozialistische Druckerei in Wien ausgehoben

Massenverhaftung von Sozialisten u. Kommunisten

Blättermeldungen zufolge, ist es den Sicherheitsbehörden in Wien gelungen, eine sozialistische Geheimdruckerei auszuheben, in welcher die illegale „Arbeiter-Zeitung" hergestellt wurde.

Im Zusammenhang damit sind 30 sozialistische Funktionäre in Haft genommen worden. Ferner soll es den Behörden gelungen sein, einer kommunistischen Geheimdruckerei auf die Spur zu kommen und 50 Kommunisten zu verhaften. Man befürchtet in Wien Demonstrationen der Arbeiterschaft und spricht von Putschvorbereitungen der linken illegalen Organisationen.

Wieder ein Erfolg der Labour Party

Fortschreitender Bankerott der „nationalen Regierung". — Vormarsch der Arbeiterpartei. — Macdonalds Kandidat geschlagen.

Bei jeder Nachwahl erleidet die „nationale Regierung" Macdonald-Baldwin, Niederlage auf Niederlage. Trotzdem können sich die englischen Machthaber nicht entscheiden, zurückzutreten, sondern wursteln weiter, sodass selbst auf dem konservativen Parteitag die jungen Kräfte sich gegen die Führung wenden und einen Erfolg der Arbeiterpartei voraussagen, weil Baldwin vollkommen in der Regierung versagt.

Bei den Nachwahlen zum Unterhaus im Londoner Bezirk Jambeth siegte dieser Tage der Arbeiterparteiler Strauss mit 11.200 Stimmen, gegenüber dem liberalen Kandidaten, der nur 5000 Stimmen erhielt. Bei den letzten Parlamentswahlen hat der liberale Kandidat 16.307 Stimmen auf sich vereinigen können, während die Arbeiterpartei mit 8.700 Stimmen gegen die Konservativen und Liberalen unterlag. Auch Macdonalds „nationale Arbeiterpartei" hat sich in Jambeth an den Wahlen beteiligt und trotz der Unterstüzung der Konservativen nur 3000 Stimmen erhalten. Wenn auch diesmal die Wahlbeteiligung nur 53 Prozent betrug, so ist es doch bezeichnend, dass weder unter den Liberalen, noch unter den Konservativen die Absicht besteht, durch gemeinsame Wahlfronten der Arbeiterpartei Widerstand zu bieten.

Die englische Presse, die zu dem Wahlergebnis Stellung nimmt, betont ohne Einschränkung, dass die Arbeiterpartei auf dem Vormarsch ist und schiebt den Misserfolg der „nationalen Regierung" auf die Politik Macdonalds und Baldwins, die es nicht verstand, die Wirtschaft zu bessern und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

149 Millionen Fehlbetrag im Budgetvoranschlag 1935-36

Einnahmen 1.987 Millionen — Ausgaben 2.132 Millionen.

Die halbamtliche Agentur „Iskra" teilt mit, dass die Arbeiten an der Budgetvorlage für das Rechnungsjahr 1935/36 bereits abgeschlossen sind und dass die Vorlage in dem durch die Verfassung vorgesehenen Termin, also vor dem 1. November, den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden wird.

Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1935/36 schliesst in den Ausgaben mit der Gesamtsumme von 2 Milliarden 132 Millionen Zloty und in den Einnahmen mit der Gesamtsumme von 1 Milliarde 987 Millionen Zloty ab. Der voranschlagte Fehlbetrag beziffert sich somit auf 149 Millionen Zloty. Er soll Deckung in den Kassenreserven finden und durch „Finanzoperationen" ausgeglichen werden.

Die Ausgaben sind um 52 Millionen Zloty geringer angesetzt und die Einnahmen sind um 153 Millionen niedriger präliminiert worden, als die Einnahmen für das Budgetjahr 1934/35 einschliesslich der Nationalanleihe die im gegenwärtigen Budget mit 175 Millionen Zloty figuriert.

Zwischen den Schlachten

In der Aussenpolitik scheint eine vorübergehende Ruhe eingetreten zu sein, wenngleich eine Reihe von Entscheidungen bevorstehen, die das Schicksal Europas nicht unwesentlich beeinflussen werden. Deutschland glaubte, durch den Besuch Görings in Belgrad und seine verschiedenen Reden und Besuche, die Kleine Entente zu sprengen und so eine Annäherung an Jugoslawien zu erreichen, worin man wiederum eine offene Tür nach Rom sah. Dies ist gründlich misslungen und man verhehlt in der reichsdeutschen Presse diese Tatsache durchaus nicht, versucht aber trotzdem, in Rom durch neue Vorschläge sich anzubiedern, um aus der Isolierung durch Italiens Hilfe herauszukommen. Nachdem der französische Aussenminister Laval seinen Besuch in Rom für den 16. November angekündigt hat, ist kaum anzunehmen, dass Mussolini irgendwelche Angebote Deutschlands entgegennehmen wird, solange er nicht von Frankreich gewisse Zugeständnisse erlangt hat, die viel mehr bedeuten, als Deutschland je Italien bieten kann. So lässt sich auch die klare Haltung der Kleinen Entente erkennen, die bald nach der Beisetzung Alexanders eine Tagung in Belgrad hatte und dem Völkerbund den Antrag unterbreitet, die Schuldigen zu suchen, in deren Ländern Terrorbanden geduldet warden. Inzwischen weisen die Fäden der Terroristen nicht nur nach Ungarn, sondern auch nach Deutschland und Italien. Man kann also gespannt sein, wie der Völkerbund diese überaus schwierige Frage anpacken wird. An der Behandlung der Ursachen zum Marseiller Mord, wird er jedenfalls nicht vorbeikommen.

Inzwischen rücken in allen europäischen Staaten die innerpolitischen Probleme in den Vordergrund, die nicht ohne Rückwirkung auf die aussenpolitische Gestaltung sein werden. Am heftigsten tobt der Kampf in Frankreich, wo die Parteien vor die Notwendigkeit einer Verfassungsreform gestellt werden und es kann nicht übersehen werden, dass sich auch hier unter Doumergues Führung so etwas, wie eine „demokratische Diktatur", vorbereitet, indem manche Machtbefugnisse des Parlaments an den Ministerpräsidenten, bezw. Staatspräsidenten übergeben sollen. Einzig die Sozialisten haben ein eigenes Projekt zur Verfassungsreform eingebracht, während die anderen Parteien noch Kämpfe innerhalb ihrer eigenen Richtungen austragen und teils entschieden die Reform ablehnen, teils sich dagegen wehren, die Macht der Kammerauflösung an den Staatspräsidenten auszuliefern und so selbst eine Reihe von Befugnissen abzugeben. Andererseits sagt Doumergue die Diktatur voraus, weil er sich nicht denn Wünschen der Parteien beugen will. Die letzten Kantonalwahlen scheinen der nationalen Regierung ein wenig Kopfschmerzen zu bereiten, obgleich man als Ergebnis festgestellt hat, dass die Lage unverändert sei, wenn auch Verschiebungen nach rechts, bezw. links, erfolgt sind. Frankreich, der Friedenshort in der Aussenpolitik, steht vor schwerwiegenden Entscheidungen in der Innenpolitik, und es kann zweifelhaft erscheinen, ob es Doumergue gelingen wird, darüber schon Klarheit schaffen.

Aus Deutschland wird heute schon offiziell zugeben, dass die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft im Wachsen begriffen sei. Kein geringerer, als der Führer der „Arbeitsfront", muss dies feststellen, indem er sich mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft wendet und offen zugibt, dass die früheren Gewerkschaften Leistungen aufzuweisen hatten, die bisher der nationalsozialistischen Bewegung versagt worden sind. Zwar kann man annehmen, das diese „Belobigung" der Gewerkschaften auf Propaganda abgestimmt ist, womit man im Saargebiet den Arbeitern einen Köder vorwerfen will, um die Abstimmung zu beeinflussen, doch darf nicht übersehen werden, dass aus einer Reihe von Betrieben Meldungen vorliegen, wo die Führer der NSBO ganz radikale Töne anschlagen müssen, um die Arbeiterschaft zu beruhigen, die jetzt mit Forderungen auftritt und den Gegensatz zwischen damals und heut hervorhebt. Ja, es ist auch schon passiert, dass die Leiter, bezw. Einberufer von Belegschaftsversammlungen, diese vorzeitig schlossen, um nicht die Wünsche der Arbeiter hören zu müssen, ja, oft fluchtartig die Belegschaftsversammlungen verliessen. Nun scheint man in der Führung auf einen neuen Trick zu kommen, indem man sich gegen die Aufrechterhaltung der Unternehmerverbände wendet, die angeblich ein überflüssiges Dasein führen und die Lage verschärfen. Sie sollen der Auflösung verfallen und man will jetzt energisch gegen die falsche Betriebsführung vorgehen, dann der Preistreiberei Einhalt gebieten, um so die Arbeiterschaft zu beruhigen. Bezeichnend ist es, wenn man bereits daran geht, einen besonderen Diktator damit zu beauftragen, der kritischen Situation Herr zu werden. Und noch überraschender ist es, dass mit dieser Aufgabe vom Führer kein anderer, als Göring, beauftragt werden soll.

Aber nicht nur Frankreich und Deutschland rücken die Innenpolitik in den Vordergrund der Entscheidungen, das gleiche Bestreben weist der ganze Balkan auf, wo wir vor Regierungsumbildungen stehen, die die Schüsse von Marseille mit beeinflusst haben. Auch Polen soll wieder eine Regierungsumbildung erfahren, die bereits beim Sejmzusammentritt am 6. November mit einer programmatischen Erklärung vor der Volksvertretung erscheinen soll.

Der rote Vormarsch in Norwegen

Wie das Bürgertum die „Demokratie" respektiert. — Mit aller Macht gegen die Arbeiterschaft.

Wenn irgendwo das Bürgertum einen Erfolg über die Arbeiterklasse mit sehr zweifelhaften Mitteln errringt, so wird die bürgerliche Presse nicht müde, monatelang von einem Erfolg zu fabulieren und den „Niedergang des Marxismus" zu predigen. Erlangt aber die Arbeiterschaft einen entscheidenen Sieg über die Politik des Bürgertums, so wendet man das beliebte Mittel des Totschweigens an, um ja nur nicht selbst der Lüge überführt zu werden und vor allem, der eigenen Arbeiterschaft zu verschweigen, dass trotz aller Unterdrückung die sozialistische Bewegung auf dem Vormarsch begriffen ist. Auch beim Ausgang der Kommunalwahlen in Norwegen, die mit einem durchgreifenden Sieg der Arbeiterklasse geendet haben, wendet man das gleiche Mittel des Totschweigens an. Darum ist es notwendig, auf die Vorgänge im hohen Norden näher einzugehen, um das Janusgesicht der herrschenden Klassen zu zeigen, wie ihr Verhalten gegenüber Arbeiterparteien eingestellt ist. Norwegen ist ein Beispiel, wo die Arbeiterschaft zweimal auf „demokratischem Wege" den Sieg über das Bürgertum erlangt hat, ohne dass man ihr auch das demokratische Recht gewährt, die Staatsereignisse massgebend zu beeinflussen. Insofern kommen den Kommunalwahlen in Norwegen ganz andere Bewertungen zugute, als man sich sonst mit Gemeindewahlen zu beschäftigen pflegt, da sie trotz alledem doch nur örtliche Bedeutung haben.

Worum ging es in Norwegen? Die Arbeiterpartei hat bei den Storthingwahlen im Oktober 1933 22 Mandate und 125 000 Stimmen gewonnen, sie hat 69 Abgeordnete von 150 auf sich vereinigen können. Trotzdem ist das freisinnige Kabinett Mowinkel nicht nur nicht zurückgetreten, obgleich es eine ungeheure Wahlniederlage erlebt hat, sondern hat mit der Bauernpartei alle Versuche unternommen, um alle Anträge der Arbeiterpartei im Storthing zu sabotieren. Die Arbeiterpartei hat ihren ersten Wahlerfolg mit dem Krisenprogramm erfochten, welches sich an die Arbeitsbeschaffungspläne der schwedischen und dänischen Sozialdemokratie anlehnt und öffentliche Arbeiten aller Art, wie Eisenbahnbauten, Wegeanlagen, Elektrifizierungen, Nutzung der Wasserkräfte und ähnliches, fordert, ferner Entschuldung der kleinen Landwirte, Zahlungsaufschub und Steuerermässigung sind in diesem Krisenprogramm vertreten. Dies alles sollte mit einem Kostenaufwand von 140 000 Millionen durchgeführt werden, wogegen sich eben die Regierung Mowinkel wendet, weil einmal der Besitz zur Abwendung der Krise herangezogen werden sollte. Aber wo das Bürgertum selbst Opfer bringen soll, da pfeift es auf Demokratie und Vaterland, — Taschen zu, das ist die patriotische Devise.

Die Parlamentswahl war ein deutlicher Fingerzeig an die Regierung, wie die Wählerschaft denkt. Trotzdem wollte man dies nur als einen Zufallssieg betrachten und verlegte die ganze Agitation auf die Gemeindewahlen, die dann im Einzelnen darlegen sollten, dass die Wähler sich nicht mit Krisenprogrammen fangen lassen, sondern dem alten Regime Treue halten. Die norwegischen Gemeinden befinden sich durchaus in schwierigen finanziellen Verhältnissen, was insbesondere auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Oslo, die Hauptstadt Norwegens, hat bei etwa 300.000 Einwohnern gegen 15.000 Arbeitslose und in den anderen Kommunen ist der Prozentsatz nicht geringer. Die Kommunen geben sich darüber Rechenschaft ab, dass sie zugrunde gehen müssen, wenn der Staat nicht die Krisenlasten auf sich nimmt, wenigstens zum Teil, wenn er die Arbeitsbeschaffungspläne der Arbeiterpartei billigt. Man muss wissen, dass Norwegen bei etwa 6 Millionen Einwohnern etwa 85.000 Arbeitslose hat, eine Zahl, die dadurch vermindert werden soll, dass der Staat den Kommunen hilft. Und dass es geht, beweisst die Tatsache, dass durch Teilverwirklichung des Krisenprogramms der Arbeiterpartei die Arbeitslosenziffer um fast die Hälfte auf den heutigen Stand reduziert wurde.

Die Streitfragen in den Gemeinden sind fast die gleichen, wie im Staat selbst, sie umfassen Arbeitslosigkeit, Schuldenlast, Krisennot und vor allem Wohnungsnot, die in Oslo, der Hauptstadt, besonders ungünstige Auswirkungen hat, da hier etwa 3000 Parteien auf Wohnungen warten. Die Arbeiterpartei forderte nun Eingliederung der Nachbargemeinde Anker, weil Oslo selbst keinen Baugrund besitzt, wogegen sich das gesamte Bürgertum, und insbesondere die Bauern, zur Wehr setzten. Unter diesen Gesichtspunkten nahm der Wahlkampf besonders heftige Formen an, da man im Bürgertum überzeugt war, die Arbeiterpartei schlagen zu können. Aber ein Tag nach den Wahlen nahm der Sieg der Sozialisten ganz andere Formen an, als man es je erwartet hätte. Die Arbeiterpartei konnte ihre Stimmenzahl, von 267 257 bei den Storthingwahlen, auf 331 317 bei den Kommunalwahlen, steigern, ihre Mandate wurden, von 2 347 bei den letzten Wahlen, auf 2.794 Mandaten erhöht, was einen Zuwachs von über 447 Mandaten bedeutet. Der Vormarsch der Arbeiterpartei konnte nicht aufgehalten werden und trotzdem weigert sich die Regierung, zurückzutreten und die Macht der Arbeiterklasse auszuliefern. Welche Folgen dies haben wird, ist nicht abzusehen. In Norwegen fehlen den Sozialdemokraten nur wenige Stimmen, um die Mehrheit im Parlament zu erlangen. Trotz 47 Prozent aller stimmberechtigten Wähler, will sich die Bauernpartei nicht entschliessen, mit der Arbeiterpartei gemeinsame Sache zu machen, wie es in Schweden und Dänemark der Fall ist.

Die Arbeiterpartei ist nicht gewillt, auf ihren Machtanspruch zu verzichten. Aber sie will auch keine Regierungskrise herbeiführen, sondern will nunmehr in den Gemeinden ihr Krisenprogramm verwirklichen, wo sie die Mehrheit erlangt hat. Und erst nach diesem Vorstoss will sie im Parlament Anträge einbringen, die das Bürgertum ins würdige Licht stellen sollen. Es soll beweisen, wie es mit der Rettung breiter Massen bestellt ist, die Arbeiterpartei wird es an Vorschlägen nicht fehlen lassen. Kommunisten und Faschisten haben in Norwegen wieder einmal gemeinsame Sache gemacht, wo es um die Arbeiterpartei ging, die selbst einmal der dritten Internationale angehört hat. Sie sind nicht auf ihre Rechnung gekommen, sondern haben vielfach an die Arbeiterpartei ihre Mandate abgeben müssen.

Für den deutschen Faschismus ist die Niederlage seiner Getreuen besonders verheerend. Bekanntlich soll der nordische Mensch der reinste Typ des Germanentums sein, welches nichts vom Marxismus wissen will. Nun will es nicht der Zufall, sondern das naturnotwendige Recht des hohen Nordens, dass er sich rückhaltlos zum Marxismus bekennt, wie die Wahlen in Schweden, Dänemark und Norwegen beweisen, wo der Marxismus auf dem Vormarsch begriffen ist und in zwei Ländern Marxisten regieren.

Katzenjammer bei den Neosozialisten

Arbeitsminister Marquet scheidet aus.

Bei ihrer letzten Tagung haben die Neosozialisten den Arbeitsminister Marquet aufgefordert, sein Mandat in der Regierung niederzulegen, weil die Politik Doumergues nicht mehr mit dem Programm des Burgfriedens vereinbar ist. Marquet ist seinerzeit mit ausdrücklicher Zustimmung der Neosozialisten ins nationale Kabinett als Arbeitsminister eingetreten, also als beauftragter der Partei. Die Neosozialisten haben nun der Regierung Doumergue den schärfsen Kampf angesagt, da sie in der Verfassungsreform eine Stärkung der Rechtskreise sehen. Nun hat auch Marquet aus seiner Haltung die Schlussfolgerung gezogen, hat den Rücktritt aus dem Kabinett abgelehnt und seinen Austritt aus der Partei erklärt. Dieser Vorgang hat bei den Neosozialisten die grösste Ueberraschung hervorgerufen, zumal unter dem Eindruck der marxistischen Einheitsfront in Frankreich, sich auch bei den Neosozialisten Spaltungserscheinungen bemerkbar machen, die den Kurs wieder zum reinen Marxismus steuern wollen und anerkennen, dass bei den letzten Kantonalswahlen, der Neosozialismus keinerlei Fortschritte zu verzeichnen hatte.

Zugespitzter Kirchenkonflikt in Mexiko

Wie aus Mexiko-City berichtet wird, hat dort die Ausweisung katholischer Bischöfe und Geistlicher begonnen. Die Abgeordnetenkammer hat vor kurzem einstimmig beschlossen, alle römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen des Landes zu verweisen, da sie die Religion zu politischen Agitationszwecken missbraucht haben. Nunmehr liegt auch ein Beschluss der nationalen Arbeiterkammer vor, der alle Massnahmen fordert, die den sofortigen Unterricht auf freiheitlicher und sozialistischer Grundlage ermöglicht. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Oesterreich und Spanien fordern die Arbeiterparteien die sofortige Entlassung aller römisch-katholischen Lehrer, Angestellten und Beamten in öffentlichen Körperschaften, da diese überall als Zellen der Reaktion angesehen werden. Wie weiter berichtet wird, sind bereits einigen Geistlichen die Aufforderungen zugegangen, unmittelbar das Land zu verlassen.

Die Stimmung in der Reichswehr

Die Unzufriedenheit in der Reichwehr steigert sich von Tag zu Tag, wenn auch aus der reichsdeutschen Presse nichts davon zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangt. In diplomatischen Kreisen weiss man aber über die Schwierigkeiten genau Bescheid, dass die Generalität dazu drängt, vom Reich eine freie und offene Erklärung zu erlangen, dass es sich nicht mehr an die Bestimmungen des Versailler Vertrages hält, sondern seine „Gleichberechtigung" auf 300 000 aktives Heer, sowie Tanks und schwere Artillerie, bereits vollendet hat. In manchen Erklärungen der neuen Würdenträger des Dritten Reichs ist dies ja mehr oder weniger zum Ausdruck gekommen, aber die Generalität drängt darauf, dass es nunmher von amtswegen erfolgt. Das Auswärtige Amt und auch der Reichsführer wollen aber noch zurückhalten, bis aussenpolitisch eine günstigere Situation hierzu vorhanden sein wird.

Viel besprochen wird in Berliner politischen Kreisen die Entlassung des Generalinspektors der Artillerie, General Henrici, der einen Zusammenstoss mit Streicher am Nazi-Parteitag hatte, indem er diesen nicht begrüsste und auch nicht an der Kundgebung mit „Heil Hitler" teilnahm. Als ihn Streicher stellte, beschwerte sich Henrici bei Hitler, und Streicher musste sich in aller Form bei Henrici entschuldigen. Als aber Henrici dieses Entschuldigungsschreiben bestätigte, zeichnete er nicht Heil Hitler, sondern Heil Hindenburg, und nun drängte Hitler bei Blomberg, der sich schliesslich dazu bequemte, Henrici aus der Reichswehr zu entfernen. Nun scheint der Gegensatz Reichsführer und Reichswehr akut zu werden. Welche Formen er annehmen wird, ist noch nicht zu übersehen, aber eines ist sicher, die alten Kreise in der Reichswehr regen sich und durchaus nicht im Sinne des totalen Staates des Nazismus.

Ungarisch-polnisches Kulturabkommen

Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös gestaltete sich zu einer besonders imposanten Kundgebung der ungarisch-polnischen Freundschaft, die durch die Unterzeichnung eines besonderen Kulturabkommens zwischen beiden Staaten besiegelt wurde. Hierbei wurden Reden auf die „tausendjährige" Freundschaft gehalten. Gömbös hatte auch eine längere Unterredung mit Marschall Pilsudski, besuchte auch Krakau, wo gleichfalls festliche Kundgebungen stattfanden.

Wie es heisst, soll sich Gömbös bald nach Wien und Rom begeben, um auch mit diesen Ländern die Freundschaftsbeziehungen zu festigen.

Kampf um die französische Verfassung

Ministerpräsident Doumergue kündigt an, dass er seine Reform der Verfassung bereits fertiggestellt hat, die er der Nationalversammlung in Versailles vorlegen will. Sie bedeutet insbesondere eine Stärkung der Macht des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten und soll bis zu einem gewissen Grade die Parlamente, Senat und Kammer, in ihrer Macht beschränken, besonders aber, bezüglich des Budgets, der Regierung weitgehende Vollmachten geben. Gegen diese Vollmachten wenden sich insbesondere die Sozialisten, die ein eigenes Reformprojekt eingereicht haben, welches im Gegenteil das Parlament in seinen Machtbefugnissen stärken soll und unter anderem die Proporzwahlen für alle Körperschaften fordert. Nunmehr scheinen auch die Radikalsozialisten Herriots, besonders im Senat, sich gegen die Pläne Doumergues zu stellen, wo sie die absolute Mehrheit haben, der seinerzeit mit aller Deutlichkeit den Hinweis macht, dass er nicht daran denke, von seinen Reformplänen abzugehen. Durch diesen Gegensatz ist das ganze Kabinett des Burgfriedens gefährdet, und man kann mit peinlichen Differenzen im Ministerrat rechnen.

Blutdurst über Spanien!

Massenerschiessung von Aufständischen. — Zahlreiche Todesurteile durch die Kriegsgerichte. — Eine Militärdiktatur in Sicht?

Einwandfreie Berichte sind infolge der Zensur noch immer nicht aus Spanien zu erlangen. Wenn alle Nachrichten aus amtlichen Quellen nicht täuschen, so scheint der letzte Widerstand der Aufständischen in Asturien niedergeschlagen zu sein. Die Soldateska richtet innerhalb der gefangenen Revolutionären ein wahres Blutgericht an, welches alle Erscheinungen der Rache aufweist. So sind in der Umgegend der „befreiten" Bergwerke Massenerschiessungen von Aufständischen erfolgt, die in die Tausende gehen. Man begründet diesen Blutdurst der Militärs mit der Behauptung, dass die Aufständischen sich an den Familien der Zivilgarde vergangen hätten und sogar vor der Blendung der Kinder nicht zurückscheuten. Nach Madrid brachte man zwanzig solcher Waisen, die teils blind sind oder der Erblindung nahestehen. Soweit die Auslandspresse zu berichten weiss, versucht die Regierung, die Lage zu beschönigen, indem sie von den milden Urteilen der Kriegsgerichte spricht, die Todesurteile massenweise aussprechen und sofort vollstrecken lassen, während amtlich berichtet wird, dass diese der Nachprüfung der Regierung unterliegen. Bei einem Transport von beschlagnahmten Waffen der Aufständischen nach Madrid ist eine Explosion erfolgt, wobei 32 Soldaten ums Leben kamen, worauf der Gruppenführer der Kolonne 50 gefangene Aufständische erschiessen liess, weil diese angeblich auch dieses „Attentat" vorbereitet hätten.

Nach Urteil Sachverständiger ist die Explosion auf mangelhafte Vorsicht beim Transport der Waffen erfolgt. Das sind nur Einzelheiten des Racheaktes, der jetzt an den Revolutionären vollzogen wird.

Die Madrider Regierung lässt auf Drängen des Staatspräsidenten erklären, dass sie gegenüber den „Rebellen", die nichts anderes taten, als die Verfassung verteidigten, „Milde" walten lassen werde. Tatsächlich hat man in Madrid selbst soweit Todesurteile gegen Aufständische ausgesprochen wurden, diese nicht vollstreckt, sondern in lebenslängliche Kerkerstrafen umgewandelt. Im Schoss der Regierung sind heftige Auseinandersetzungen im Gange, da man erst jetzt einsieht, dass der Weg der Regierung Lerroux zur Monarchie führt. Der Staatspräsident Zamora hat wiederholt seinen Rücktritt angeboten, nachdem die Militärs mit einer offenen Diktatur gedroht haben.

Aus sozialistischen Kreisen in der Illegalität wird berichtet, dass im Augenblick zwar die revolutionäre Bewegung niedergeschlagen ist, dass aber die Frage selbst Monarchie oder Republik nicht entschieden ist. Man sammelt die Kräfte, und ein Entscheidungskampf um die Macht stehe bevor, da innerhalb des Heeres ein Gärungsprozess zu beobachten sei, der sich gegen die Führung wendet und mit den Arbeitern Hand in Hand die heutigen Machthaber beseitigen will.

Polnisch-Schlesien

Ein Heldenleben für den Sozialismus

Bolesław Limanowski 99 Jahre alt.

Gehört es schon zur Seltenheit, an der Schwelle des eigenen ersten Jahrhunderts zu stehen, so wird die Angelegenheit um so bedeutender, wenn der Träger in verhältnismässig geistiger und körperlicher Frische sein politisches Jubiläum feiern kann. Der Vorkämpfer der polnischen Unabhängigkeit und unbestrittene erste Führer der sozialistischen Bewegung in Polen, Boleslaw Limanowski, konnte am Sonntag seinen 99. Geburtstag feiern. Umgeben von seinen Freunden und der Jugend, wurde die Feier von der PPS. in Warschau festlich begangen. Aber nicht die Feier als solche interessiert uns hier, sondern der Kämpfer, der bis auf den heutigen Tag treu zur roten Fahne hält, obwohl ihm nichts erspart geblieben ist, was oft an Verzweiflungsakte grenzte. Oft musste er die eigene Heimat wechseln, um im Dienst der Freiheit, im Kampf um den Sozialismus, wirken zu können. Dass er der geistige Führer um politische und demokratische Freiheitsideale, um ein sozialistisches unabhängiges Polen war, das vermögen selbst seine Gegner nicht zu bestreiten, so sehr sie auch heute mit Missgunst auf sein Werk die polnisch-sozialistische Partei, blicken, die als erste das Banner der Unabhängigkeit vorangetragen hat.

Limanowski gehörte zu den wenigen Unerschrokkenen, die sich durch keinerlei Spaltungs- und Niedergangserscheinungen in der PPS. der Vorkriegszeit täuschen liessen, sondern am sozialistischen Werben festhielt, auch nicht den Umschwung mitmachte, als es so leicht war, Karriere zu machen, sondern fortarbeitete bis das Ziel erreicht wurde. Auch der Staatsstreich vom Mai 1926 konnte an seiner Grundauffassung vom demokratischen Sozialismus nichts ändern, für sein Wirken zeugt eine reichliche politische und sozialistische Literatur, die aufzuführen allein schon manche Zeitungsseite füllen würde.

Gerade in dieser Zeit ist es dringend notwendig, solcher Gestalten, wie Limanowski, sich zu erinnern, die manches haben aufsteigen, mit aufbauen helfen und wieder von der Ungunst der Zeit zusammenbrechen sehen. Er verzagte nie, weil er vom Lebensinhalt der sozialistischen Bewegung und ihrem endgültigem Sieg felsenfest überzeugt war. Seine Beständigkeit sollte manchen Jungen, aber auch vielen der älteren Generation, ein Beispiel politischer Treue sein. In unserer Zeit, wo politische Wandlungsfähigkeit zur Alltagserscheinung wurde, wo man weniger nach den grossen Zielen der Bewegung, wohl aber mehr nach dem augenblicklichen Vorteil fragt, ist es doppelt notwendig, auf Gestalten hinzuweisen, die zeitlebens nicht danach fragten, was sie ihrer ganzen Tätigkeit verdanken, sondern getragen sind von dem Wollen, der ganzen Menschheit dienlich zu sein, und so war Limanowski der Träger des neuen Polen, in dem er genau so arm ist, wie er, von Land zu Land verfolgt, in der Emigration war.

Sozialistisches Wollen, das war sein Lebensinhalt und er hat manches seiner Ideale verwirklichen sehen, und auch jetzt noch ist der fast Hundertjährige der felsenhaften Ueberzeugung, das sozialistische Polen zu erleben. In diesem Sinne feiern auch wir den greisen Vorkämpfer der sozialistischen Bewegung und unser Gruss gilt dem Unerschrockenen, der nie versagt hat und stets vorwärts drängte.

Der Parteivorstand der DSAP. hat aus Anlass der Limanowskifeier in Warschau dem Senator Boleslaw Limanowski zu Beginn seines hundertsten Lebensjahres die herzlichsten Grüsse, Dank und Wünsche für die Zukunft übersandt.

Gegen Arbeitsfreiwillige beim Kathedralebau

Wie berichtet wird, hat dieser Tage eine Tagung des Baukomitees der Schlesischen Kathedrale stattgefunden, wobei auch ein Bericht über die Gesamtlage gegeben worden ist. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, dass im Verlauf von 22 Wochen nicht weniger, als 1107 Arbeitsfreiwillige, beschäftigt wurden. Die bisherigen Baukosten wurden auf 6 830 000 Złoty beziffert, wobei der Bau der Kathedrale nicht einmal zur Hälfte fertiggestellt ist. Es kam zu Auseinandersetzungen, bezüglich der Beschäftigung Arbeitsfreiwilliger, wobei sich Stadtbaurat Sikorski gegen deren Beschäftigung wandte, weil sie nicht nur für die Arbeiter selbst, sondern auch für den Bau eine Gefahr bilden. Ein Beschluss ist nicht gefasst worden, aber die Ablehnung der Arbeitsfreiwilligen hängt wohl mehr mit der Einsturzkatastrophe zusammen. Bekanntlich wurde in dieser Hinsicht behördlicherseits ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Welches Ergebnis die Untersuchung bisher gezeitigt hat, ist unbekannt.

Die Arbeitslosenziffern steigen

Wie das statistische Hauptamt mitteilt, ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der dritten Oktoberwoche um 600 auf 292 000 gestiegen. In der Wojewodschaft Schlesien werden wieder 90 000 Arbeitslose registriert. Bekanntlich besteht hier ein Streit zwischen den amtlichen Angaben und den von Arbeitgeberseite verbreiteten Ziffern, die sich auf über 154 000 belaufen, also fast doppelt so hoch sind, als amtlich zugegeben.

Rührende Sorge um den Marxismus

Besonderes Interesse um die Einheitsfront der Arbeiterschaft. — Die Einheitsfront kommt, weil es eine Notwendigkeit ist.

Nach Ansicht der bürgerlichen Blätter hat der Sozialismus gründlich abgewirtschaftet, seine politische Einflussphäre in Staat und Gesellschaft ist endgültig vorbei. So wenigstens wird es in der Presse dargestellt. Aber der Leser merkt, dass hier nur geflunkert wird, denn von Zeit zu Zeit muss man zugeben, dass Bemühungen bestehen, eine Einheitsfront aller marxistischen Parteien von Land zu Land zu schaffen, ja, dass diese eben totgesagten Marxisten da und dort bei Wahlen Erfolge erzielen, und schliesslich kann man auch nicht verschweigen, dass der letzte Völkerbundspräsident der schwedische Sozialdemokrat Sandler war. So nebenbei kann man nicht mehr die Tatsache geheimhalten, dass sich die englische Arbeiterpartei vorbereitet, die Regierung zu übernehmen und schon ein entsprechendes Uebergangsprogramm auf ihrem letzten Parteitag aufgestellt hat. Mit einigen Tränen in den Augen und der Hoffnung, dass die englischen Marxisten nicht so schlimm sind, wie die vaterlandslosen Gesellen daheim, tröstet man sich damit, dass doch das Bürgertum stark genug sein wird, sich doch über Wasser zu halten, man baut auf das demokratische Empfinden der Arbeiterschaft. Nun, diese Hoffnung muss gründlich zerstört werden. Das Bürgertum soll sich ja nicht einbilden, dass die Arbeiterschaft es je wieder gestatten wird, dass die Reaktion sich auf Kosten der demokratischen Freiheit entwickeln darf. Die Faschisten haben uns gezeigt, wie sie mit ihrem Gegner umzugehen belieben, man muss sich schon damit abfinden, dass die Arbeiterschaft, an die politische Macht gelangt, mit gleichem Masse messen wird, nichts anders, als wie es die guten Christen nach ihrem Bibilspruch zu wünschen belieben.

Jeder Sozialist,

dem seine Ueberzeugung Herzenssache ist, muss für die weiteste Verbreitung der sozialistischen Gedankenwelt Sorge tragen. Er kann das am besten, wenn er unausgesetzt für die sozialdemokratische Presse neue Leser wirbt. Denn jeder seiner Freunde und Bekannten, jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte, kurz jeder wirtschaftlich Abhängige muss sein Parteiblatt, den

„Volkswille“

lesen!

Bisher hat das Bürgertum seine Macht aus der Tatsache geschöpft, dass innerhalb der Arbeiterschaft und insbesondere der sozialistischen Bewegung, die verschiedensten Strömungen vorhanden waren, und eigentlich brauchte sich die bürgerliche Gesellschaft nicht so sehr im Kampf gegen die Sozialisten zu bemühen, denn diesen Kampf besorgten die Kommunisten für die bürgerlichen politischen Parteien und dort, wo eine Annäherung der beiden marxistischen Parteien zum gemeinsamen Handeln erfolgte, gruselte man den eigenen Mitläufern die Gefahr des Bolschewismus vor. Das war umso leichter möglich, als ja der Bolschewismus, bezw. Sowjetrussland als Träger der kommunistischen Idee verfemt war, man von nichts anderem als von Hungersnot und Massenmorden aus Sowjetrussland zu berichten wusste. Nun hat sich die Situation sehr wesentlich verändert. Sowjetrussland ist heute eine anerkannte Macht, Mitglied des Völkerbundes und damit zugleich in der menschlichen Gesellschaft gleichberechtigter Faktor, was man ihm bisher nicht zugestehen wollte. Darüber hinaus ist es für die breiten Massen der Arbeiterschaft kein Geheimnis, dass Sowjetrussland durch seine Millionenaufträge zu Dreiviertel der heutigen kapitalistischen Wirtschaft Europas aufrecht erhält, dass es als pünktlicher Zahler bekannt ist und vor allem, dass es in Russland keine Arbeitslosen gibt. Es bemüht sich weiter, sich der weltpolitischen Situation anzupassen, im Kampf um den Frieden in den vordersten Reihen zu kämpfen.

Nun ist es den Machthabern im Kreml nicht unbekannt, dass der Faschismus in Deutschland nur darauf zurückzuführen ist, dass dort die Nazis eine gespaltene Arbeiterklasse vorfanden, dass auch Oesterreich fiel, weil durch den Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Reihen der Arbeiterschaft die Hoffnung auf eine erfolgreiche Abwehr verloren gegangen ist und noch mehr, man weis in Moskau, dass die bürgerliche Gesellschaft in der ganzen Welt nicht ruhen wird, um Russland gelegentlich zu schlagen, wenn es die Zeit dafür gekommen sieht. Dies kann nur abgewehrt werden, wenn es rechtzeitig Anschluss an die breiten Massen der sozialistischen Bewegungen findet, und daraus resultieren die Angebote zur Bildung der Einheitsfront mit den bisher verhassten „Sozialfaschisten“. Nun, ihrerseits haben die Sozialdemokraten Erfahrungen genug, um gerade zu dieser Einheitsfront ihre Stellung zu präzisieren und von hieraus verlangt man gewisse Garantien, um nicht von Seitensprüngen gewisser Ueberradikaler innerhalb der kommunistischen Bewegung überrascht zu sein. Dass solche Verhandlungen schweben, ist bekannt und man kann jede Freude des Bürgertums wahrnehmen, wenn die Verhandlungen scheitern oder wenn sich Schwierigkeiten ergeben, die einen raschen Abschluss die Einheitsfront verhindern. Aber alle diese Freude ist grundlos, denn die Einheitsfront kommt, dafür sorgt die bürgerliche Gesellschaftsordnung und nicht zuletzt die kapitalistische Wirtschaftsweise.

Gewiss geben wir uns keinerlei Illusionen hin, als wenn die Einheitsfront von heut auf morgen Wirklichkeit werden könnte. Sie liegt zwar noch in weiter Ferne, aber sie wird kommen, weil sie eben eine Naturnotwendigkeit ist. Aber warum haben unsere bürgerlichen Protektoren denn mit einem Male so eine grosse Sorge um die Marxisten! Sehr einfache Erkenntnis: eine geschlossene Arbeiterfront wird auch recht bald mit der Machtstellung des Bürgertums Schluss machen und darum die Sehnsucht, dass sich ja nur nicht die Arbeiterschaft vereinigt, eine geschlossene Front gegen ihre bisherigen Unterdrücker und Ausbeuter bildet. Die Angst diktiert hier das Siegesgeheul, dass wieder die Einheitsverhandlungen resultatlos verlaufen sind oder zum Scheitern gebracht wurden. Nun, wenn man uns diese Taktik zum Vorwurf macht, so mögen die deutschbürgerlichen Blätter sich nur ihre „Volksgemeinschaft“ ansehen, wie es da mit dem Ruf „das ganze Deutschtum muss es sein“, aussieht, und wenn man die Sanacja betrachtet, so hat sie alle Ursachen, sich vor einer Einheitsfront der Arbeiterklasse zu graulen, denn da geht es drunter und drüber, und selten haben die Marxisten „ihren Stall“ so gründlich säubern müssen, wie es gerade in den letzten Monaten innerhalb des Sanacjalagers geschehen ist. Und manche Tagung der Sanatoren liess erkennen, dass man hinter den Kulissen manches verbirgt, obgleich manch lauter „Siege“ zu melden weiss.

Warum soll denn eine Reinigung zwischen Sozialisten und Kommunisten nicht möglich sein, wenn sich die Regierungen zwischen Moskau und Warschau sehr gut verständigen und ihre Geschäfte weiter ausbauen. Aber nicht darauf kommt es an, sondern auf die Tatsache, dass die bürgerliche Gesellschaftsordnung und kapitalistische Wirtschaftsweise versagen, nicht in der Lage sind, die Krisenzustände zu überwinden, und diese sind es, die die Arbeiterschaft zwingen, eine Einheitsfront zu schaffen, um der Menschheit Frieden zu geben und ihr ein erträgliches Dasein zu sichern. Wir sind nicht so sehr um unsere Zukunft besorgt, wie das Bürgertum um das eigene Dasein, und wir finden diese Sorgen um den „toten Marxismus“ wirklich überflüssig, man möge wirklich daran gehen und zeigen, dass man den Marxismus überwinden kann, was bisher erfolglos geblieben ist.





Konflikt um die Kohlenpreisherabsetzung

Mit dem 1. November hätte auf Grund der zwischen Handelsministerium und Kohlenindustrie gepflogenen Verhandlungen im Inlandsbedarf eine

20% Herabsetzung der polnischen Kohlenpreise

durchgeführt werden sollen. Die Kohlenindustriellen erklärten nun dieser Tage, sogar eine zehnprozentige Preisermässigung nur im Falle einer Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne zugestehen zu können, für welche Lösung der Handelsminister umso weniger zu gewinnen ist, weil eine derartige Ermässigung der Preise durch die der Kohlenindustrie bereits zugestandene

17%tige Herabsetzung der Frachtbriefe

aufgewogen werden würde. Der Handelsminister hat laut der bezüglichen Estrop-Information die Kohlenindustriellen nunmehr wissen lassen, dass er im Falle einer fortgesetzten Weigerung der Industriellen, die 20%tige Herabsetzung im Verordnungswege durchzusetzen entschlossen ist.

Vereinigung der Autobus-Linie mit der Strassenbahngesellschaft

Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, sind zwischen der Verwaltung der Autobusgesellschaft und den Strassenbahnen Verhandlungen im Gange, um beide Institute zu vereinigen. Seitens der Kleinbahnen soll eine Persönlichkeit aus Berlin an den Fusionsverhandlungen teilnehmen, die kurz vor dem Abschluss stehen.

„Ueber Lohn darf nicht gesprochen werden!"

Baldur von Schirach schafft Ordnung. — Mit Karabinern zum Arbeitsdienst. — Der Kampf um Filusch.

Aus Deutsch-Oberschlesien wird uns berichtet: Während der Hitlergruss allmählich zu einer Ausnahme wird, werden die Missmacher und Meckerer immer frecher und fangen auch schon an, Rechte zu fordern. Nicht anders wäre es wohl zu erklären, wenn beim Bau des Hitlerkanals eine neue Arbeiterordnung ausgehängt wurde, deren 7. Artikel ausdrücklich verbietet, dass über Lohn gesprochen wird. Man weiss auch schon jetzt mehr über die Ziele des „freiwilligen Arbeitsdienstes", wenngleich seine friedlichen Absichten immer wieder betont werden, konnte man vor einigen Tagen in Gleiwitz eine Kolonne beobachten, mit Karabinern ausgestattet, nach dem Exerzierplatz ziehen. Warum soll nicht der Arbeitsdienst mit Karabinern üben, wenn schon im Gleiwitzer Finanzamt ein Oberregierungsrat gelegentlich seine Beamten im Korridor stramm exerzieren lässt, und so ergänzt eine „Friedensabsicht" die andere, die noch dadurch bekräftigt wird, wenn der Bürgermeister Meyer von Gleiwitz seine lieben Volksgenossen freundlichst darauf aufmerksam macht, dass man sich wird daran gewöhnen müssen, mit Rohstoffen sparsamer umzugehen, um dafür Papierhemden zu tragen und sich mit KA-Seife zu waschen. Und damit man den Schreck nicht ganz verliert, erfährt man gelegentlich, dass man soweit seinen patriotoschen Opfersinn erziehen muss, dass selbst für „Ersatzartikel" gleiche, wenn nicht höhere Preise, zu zahlen sind. Denn es geht eben besser und besser.

Ja, man kann sagen, es geht sogar sehr gut, so gut, dass Baldur von Schirach vor einigen Tagen gezwungen war, dem Betätigungsdrang der Hitlerjugend in Oberschlesien Schranken zu setzen, nachdem etwa 30 Mädchen vom BDM in guter Hoffnung sind, Mütter zu werden. Schliesslich spricht sich so etwas, trotz aller Verbote, herum, wenn ein Schulkind von 12 Jahren Mutter wird, und der Väter schulpflichtig ist, also nicht einmal ganze 14 Jahre zählt. Ja, wie tobten da die Mucker, wenn sozialistische Kinderfreunde gemeinsam, Mädels und Jungs, wanderten, aber direkte Seuchen innerhalb der Jugend wurden nicht berichtet, wie sie jetzt in der Hitlerjugend an der Tagesordnung sind. Ob Baldur von Schirach auch die Beschwerde in die Hand gedrückt erhielt, die vor einiger Zeit gegen Filusch, den Hindenburger Oberbürgermeister, an Brückner gesendet wurde und sich mit einem „Lustknabenzimmer" beschäftigte, ist nicht bekannt geworden. Wohl aber weiss man, dass gegen Filusch von seinen Freunden nicht weniger, als 25 Beschwerden schweben, direkt nach Berlin, die Adressaten nicht erreichen. Aber der Gott der Rache arbeitet schnell, und da soll es gegen bestimmte Betriebszellenkreisleiter hoch hergehen, die „beseitigt" werden sollen, weil sie gegen „Oben" meckern. Gehts nicht, dass SA in schönster Uniform sich schon um den Inhalt des „nationalsozialistischen Programms" auf offener Strasse mit Dolchen bearbeitet oder solches in Aussicht stellt, so wird gelegentlich so ein kleiner Bonze wie Czech von der Konkordiagrube von seiner Frau gesucht, um dann dem „Vertrauensmann der Nazis" eine Szene auf der Konkordiagrube zu machen, weil er schon drei Tage nicht vom Dienst heimfinden konnte und schliesslich die Feuerwehr den „häuslichen Segen" zwischen den patriotischen Gatten stiften muss.

Filuschs besondere Liebe gilt den beiden Betriebszellenkreisführers Grzegorczyk und Zepner, die zu Fall gebracht werden sollen, weil sie angeblich einen tiefen Griff in die Betriebssterbekasse gemacht haben sollen, und tatsächlich ist vor einigen Tagen Zepner durch einen gewissen Mangel ersetzt worden. Und weil alles besser und besser wird, so sind auch die Weiterarbeiten an der Siedlung der Nazis eingestellt worden, obgleich Material bereits angefahren wurde, weil, ja, man sagt, weil auch dort wieder einmal jemand das Geld verpulvert hat.

Man weiss sich bei der Opferfreudigkeit zu helfen, die gerade in letzter Zeit viel zu wünschen übrig lässt. Die Schulsammlungen für den Verband für das Deutschtum im Auslande waren ein Fehlschlag und Heydebreck will solchen Ueberraschungen vorbeugen und hat hierfür eine „Prangerstelle" geschaffen, auf der alle verzeichnet werden, die ihren Opfersinn fürs Dritte Reich eingeschränkt haben. Man konnte da erfahren, dass ein „Volksgenosse" als Winteropfer nur 235 Gramm Bohnen gespendet hat und dass sich auch Eisenbahner finden, die nichts opfern wollen. Wenn Heydebreck Schule macht, so unterliegt es keinem Zweifel, dass der Opfersinn sehr geweckt wird, aber recht viele „Amtswalter" so eine rühmliche „Ehrung" erfahren, weil gerade sie es sind, die mit dem Spenden zurückhalten, statt als Muster zu gelten.

Der Bolschewistenschreck wird weiter betrieben; um nun das eigene wachsende Elend zu verheimlichen oder zu erleichtern hat die Technische Nothilfe in Gleiwitz sich einen waschechten Bolschewiken verschrieben, der aus Russland heimgekehrt, nun über das Proletariat Aufklärung geben sollte. In Russland scheint es ihm indessen, der Körperfülle nach zu schliessen, nicht schlecht gegangen zu sein, denn so verhungert sah er nicht aus, als er die Zustände in den Sowjets zu schildern versuchte. Gewiss waren weder Veranstalter, noch Besucher und der Bolschewik selbst, nicht darauf vorbereitet, dass nach den ersten Worten ein kräftiges „Raus" erscholl und sich niemand fand, der die Ruhestörer hinausbefördern wollte, man musste schon die Polizei rufen, um wieder Ordnung zu schaffen.

Wie die Arbeiterschaft trotz aller Unterdrückung denkt, mag ein einziges Beispiel beweisen. In einem Hindenburger Lokal brüllt wieder irgend ein Führer, einige SA-Leute fordern, dass man den Radiodreck schliesse, man will endlich Ruhe haben. Ein schlichter Arbeitsmann aber sagt recht laut: „Was, unser Führer bleibt doch Ernst Thälmann". Es folgt eine eisige Ruhe, man schaut sich um, trinkt aus und verschwindet, als letzte die „SA", denn recht hat er und so geht es besser und besser im Dritten Reich. Nebenbei, sagt man sich in den verschiedensten Aemtern, mögen doch die Uniformierten gröhlen, man kann sich nicht engagieren, denn wer weiss, was morgen kommt?

Werden wohlerworbene Rechte geschützt?

Aus Deutsch-Oberschlesien wird uns geschrieben: Vor dem Oberschlesischen Schiedsgericht in Beuthen wird demnächst eine wichtige Entscheidung fallen, wieweit nach dem Wortlaut der Genfer Konvention „wohlerworbene Rechte" geschützt, bezw. gesichert sind. Bekanntlich wurden im vergangenen Jahr beim Antritt des Hitlersystems auf Veranlassung der Amtswalter der NSBO, ungefähr 200 Funktionäre des ehemaligen freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes auf Grund des Gesetzes, betreffend die „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", entlassen. Auch Betriebsräte sind hierdurch betroffen worden, die man zunächst ihrer Rechte und so ihres Rechtsschutzes gegen willkürliche Entlassung beraubte, um sie dann fristlos zu entlassen. Mit Hilfe dieses Gesetzes sind tausende und abertausende von aufrechten, charaktervollen deutschen Menschen um Brot und Arbeit gekommen. In den meisten Fällen sind die freien Posten von Nichtskönnern und fragwürdigen Existenzen aus der NSBO-Bewegung besetzt worden. Besonderes Ausmass haben die Eisenbahnerentlassungen in Deutsch-Oberschlesien angenommen. Das Klagerecht vor dem Arbeitsgericht wurde diesen Gemassregelten genommen. Alle Eingaben der Betroffenen an die verschiedensten behördlichen Stellen blieben erfolglos, wenngleich in den meisten Fällen willkürliche Racheakte vorlagen. Soweit Beschwerden überhaupt beantwortet wurden, ist nur eine Bestätigungserklärung der Entlassung erfolgt. Einige Betroffenen, die zwar dem Eisenbahnerverband angehörten, aber an sich immer schon „national" eingestellt waren, wandten sich an Adolf Hitler persönlich, ohne dass ihre Eingabe auch nur beantwortet wurde.

Nachdem man alle Wege erschöpft waren, im Rahmen der deutschen Gesetzgebung zum Recht zu gelangen, entschlossen sich einige Betroffenen nunmehr, die internationalen Rechtsgarantien in Anspruch zu nehmen, wie sie für Oberschlesien in der Genfer Konvention vorgesehen sind. Die Klage stützt sich auf Titel 2, Artikel 4, der Genfer Konvention, bezüglich der Sicherung wohlerworbener Rechte. Sie klagen gegen das deutsche Reich auf Schadenersatz, da nach ihrer Ansicht zweifellos ein Bruch der Genfer Konvention vorliegt. Nunmehr hat das Oberschlesische Schiedsgericht zu entscheiden, wieweit eine willkürliche Gesetzgebung, darauf berechnet, dem System missliebige Personen zu treffen, einen Schutz aus der Genfer Konvention erfährt. Es steht wohl ausser Zweifel, dass die entlassenen Eisenbahner „erworbener Rechte" beraubt worden sind, die nicht möglich wären, wenn in Deutschland die frühere Gesetzgebung nicht willkürlich, für eine Minderheit, zu deren Schaden, abgeändert wäre. Man kann auf den Ausgang der Klage gespannt sein, da manche Entscheidung, die bei der Gemischten Kommission anhängig gemacht wurde, so sorgfältig heimlich behandelt wird, dass die breite Oeffentlichkeit nichts davon erfährt, wieweit die Genfer Konvention sich praktisch auswirkt. Dies zu wissen, ist um so notwendiger, als sie bald abläuft und die Interessenten wissen wollen, ob überhaupt Bemühungen zweckmässig sind, sich ihren teilweisen Fortbestand zu sichern. Gewiss kann man schon heute sagen, dass weder Polen, noch Deutschland, nach den bisherigen Erfahrungen Lust verspüren werden, sich internationalen Entscheidungen oder einer Kontrolle auszusetzen.

„Sozial-Reform"

Unterrichtete Kreise wollen wissen, dass die Frage der Reform der Sozialgesetzgebung vom Ministerrat bereits erledigt ist. Demnach sollen alle Sozialversicherungsanstalten zu einer Organisation vereinigt werden, wodurch im Jahre mindestens 10 Millionen an Verwaltungskosten erspart werden sollen. Bezüglich der Krankenkassen sollen bestimmte Neuerungen dekretiert werden, sodass zunächst die Angestellten und Beamten der Selbstverwaltungskörper ausscheiden und ihre Kassen selbst begründen. Ausserdem sollen von der Versicherungspflicht alle diejenigen Beamten ausscheiden, die Bezüge über 720 Zloty monatlich beziehen. Ausserdem sollen von der Versicherungspflicht alle Familienmitglieder von Handwerkern ausscheiden. Eine Aenderung der Sachleistungen ist bisher nicht vorgesehen, dies soll einer späteren „Reform" vorbehalten bleiben. Betrachtet man die wenigen Aeusserungen zu dieser Reform, so bedeuten sie auf der ganzen Linie eine Verschlechterung der bisherigen Errungenschaften der Sozialgesetzgebung, zu Gunsten der Arbeitgeber. Die Regierung hat demnach von den Kundgebungen der Versicherten, wie sie bei dem letzten Plebiszit der Angestellten zum Ausdruck kamen, keinerlei Kenntnis genommen. Wie man dann noch davon sprechen kann, dass in absehbarer Zeit ein Linkskurs innerhalb des Regierungsblocks zu erwarten ist, bleibt Geheimnis derer, die aus den Zeiterscheinungen noch nichts gelernt haben. Den Unternehmern die Vorteile und den breiten Massen die Kosten, dass ist der Inhalt der so lang und breit diskutierten „Sozialreform".

Aus der Partei

Gross-Chorzows Mitgliederversammlung am letzten Freitag beschäftigte sich zunächst nach Erledigung der üblichen Formalitäten mit dem Verlauf der Bezirkskonferenz, die der dortigen Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt" Veranlassung gab, sich an die Mitgliedschaft um das Vertrauen zu wenden, welches angeblich der Vorsitzenden auf der Konferenz abgesprochen worden ist. Genosse Kowoll empfahl, das eingereichte Schriftstück ohne Diskussion zur Kenntnis zu nehmen, da keine Veranlassung vorliegt, sich mit diesem näher zu beschäftigen, nachdem es auf falschen Voraussetzungen beruht. Namens der Bezirksleitung erklärte Gen. Kowoll, dass die Art der sogenannten Vertrauenserklärung für die Vorsitzende nicht den statutarischen Bestimmungen entspricht, aber man soll nicht Kleinigkeiten aufbauschen, sondern selbst immer die Hand zur Freundschaft reichen, denn wir haben mehr mit unseren Gegnern zu tun, als Uneinigkeit in eigenen Reihen zu stiften. Bedauert wurde nur, dass die Antragsteller nicht selbst ihre Sache in der Versammlung verteidigten, sondern dieser fern blieben, was nicht gerade von Parteidisziplin zeugt. Die Versammlung betrachtete damit die Frage als erledigt, worauf Genosse Kowoll in anerkennenden Worten der beiden verstorbenen Genossen Dr. Bloch und Orlik gedachte und die Mitgliedschaft ermahnte, in ihrem Sinne am Aufbau der sozialistischen Bewegung mitzuarbeiten. Die Anwesenden ehrten die toten Freunde durch Erheben von den Plätzen, worauf man zum politischen Referat überging. Redner schilderte zunächst den Vormarsch des „toten Marxismus" in Norwegen, verwies auf die Beschlüsse der englischen Arbeiterpartei, die sich zur Uebernahme der Regierung bereit halte, und, was sicher ist, bei kommenden Wahlen die Mehrheit der Sitze im Parlament zu erlangen. Auf die Kämpfe in Spanien übergehend, die noch keineswegs beendet sind, ist Redner der Ueberzeugung, dass das Proletariat zu sehr an das russische Beispiel des Bürgerkrieges glaube, welches ganz andere Voraussetzungen hatte, die in Spanien keineswegs gegeben waren, und man muss wissen, dass Bürgerkriegsarmeen gegen aktive Militärs immer unterliegen werden, wenn es nicht gelingt, das Militär oder Teile desselben auf die Seite der Aufständischen hinüberzuziehen. Mit der Niederschlagung des spanischen Aufstandes hat wohl die Konterrevolution ihre Macht gefestigt, aber keineswegs auch den Sieg davongetragen, denn die illegale Arbeit wird bald einsetzen und den neuen Machthabern beweisen, dass Spaniens Proletariat nicht so leicht niedergerungen wird. Redner streifte dann die internationale Lage des Faschismus und machte die Feststellung, dass er sich überall im Zusammenbruch befindet, wenn auch seine völlige Niederlage noch Jahre andauern kann. Als letztes Mittel sehen die Faschisten den Krieg an und wie die Vorbereitungen dazu getroffen werden, war das Attentat in Marseille nur ein kleines Beispiel, dem bald andere folgen werden. Redner streifte dann noch die Lage der sozialistischen Bewegung in Polen und die Bestrebungen zur Einheitsfront, worauf nach einer zustimmenden Diskussion innere Vereinangelegenheiten erledigt wurden. Nach mehrstündiger Dauer schloss der Vorsitzende die Versammlung mit unserem Freiheitsgruss. Die Versammlung selbst erfreute sich eines guten Besuches und einer zuversichtlichen Stimmung, die davon zeugt, dass der Glaube an den Endsieg des Sozialismus in den Massen unbesiegbar ist.

Deutsche Theatergemeinde Katowice

Heute Freitag, den 26 Oktober gelangt abends 8 Uhr (Ende 11 Uhr) zum 1. Male die komische Oper „Zar und Zimmermann" von Lortzing zur Aufführung. Dieselbe findet im Abonnement B und freiem Kartenverkauf statt.

Sonntag sind 2 Wiederholungen vorgesehen. Nachmittags 3,30 Uhr wird die erfolgreiche Operette „Wiener Blut" gegeben, und abends 8 Uhr (Ende 11 Uhr) „Goldner Pierrot" Operette von Goetze.

Montag, den 29. Oktober abends 8 Uhr (Ende 10 Uhr) im Abonnement A u. B „Krach um Jolanthe", Bauernkomödie von Hinrichs.

Freitag, den 2. November abends 8 Uhr, „Tote Augen", Oper von D'Albert.

Eintrittskarten sind täglich in der Zeit von 9—13 und von 15—17 Uhr zu haben. Telefon 316-47.

Deutsches Theater Chorzow. Hotel Graf Reden. Tel. 406-26.

Donnerstag, den 1. November, abends 7 Uhr (Ende 9,45 Uhr) kommt als 3. Abonnementsvorstellung die Oper „Fidelio" von Beethoven zur Aufführung. Nach dem 3. Bild wird die Ouvertüre Leonore Nr. 3 durch das vollbesetzte Orchester (44 Mann) gespielt. Kein Kunstfreund lasse sich dieses grosse musikalische Ereignis entgehen! Die Spielleitung hat Dr. Müller, die musikalische Leitung Erich Peter. Der Vorverkauf beginnt morgen. Kassenstunden von 10 bis 12.30 und von 16.30 bis 18,30 Uhr. Sonnabend nachm. ist die Kasse geschlossen und am Sonntag von 11 bis 13 Uhr geöffnet. Textbücher an der Kasse! — Donnerstag, den 9. November: „Die Heimkehr des Matthias Brück", Schauspiel von Graff. — Donnerstag, den 15. November: „Der goldene Pierrot", Operette von Goetze.



Unterhaltungsbeilage des „Volkswille“



Leningrad 1934

II.

Leningrader Rundfahrt

Im grossen Speisesaal des Hotels Europa wird unserer Reisegesellschaft von etwa 400 Personen ein fürstliches Diner serviert: Hors d'oeevres mit viel echtrussischem Kaviar, Fischgericht mit Kartoffeln, Schnitzel mit Erbsen und Rübli, zum Schluss ein Glaceturm. Eine rassige Kapelle spielt zur Unterhaltung der Gäste.

Unsere Gruppe beeilt sich, die Stadtrundfahrt zu beginnen. In der grossen Isaakkathedrale werden wir flüchtig durch das dort eingerichtete antireligiöse Museum geführt. Deutsche stellen voller Entrüstung fest, dass in dieser Ausstellung Hitler, Göring und Göbbels ohne politische Rücksichtnahme karikiert worden sind. Im zentralen Kuppelbau wird der Foucaultsche Pendelversuch vorgeführt: Eine eindrucksvolle Manifestation des rational orientierten russischen Denkens. Dieser handgreifliche Beweis für die tägliche Drehung der Erde ist ein wirkungsvolles Experiment. Gleich beim Eingang feiert die Diagrammpsychose der Russen ihre Orgien: die Besucherzahl der Kathedrale ist auf farbigen Tabellen in Kurvenform graphisch festgehalten.

Vor der Kathedrale ist der weite Platz im Umbau begriffen, so wie wir vor zwei Jahren auf Photographien den Platz vor dem Winterpalast im Umbau sahen. Knaben vergnügen sich daneben mit Trotinett. Auch Frauen sind an den Erdarbeiten, dem Auffüllen der Schlacke als Fundamentierung beschäftigt. Der historische Platz vor dem Winterpalast ist mit grossen Steinplatten belegt. Auf der einen Seite wird der Platz von hellgelb bemalten, bogenförmig angeordneten, als Polizeikaserne dienenden Palästen abgeschlossen. Der Winterpalast ist auf der Hauptfront bereits in orangegelbem Ton neu gestrichen. Der weite Platz mit dem Obelisken in der Mitte und der offiziellen Festtribüne vor dem Eingang des Winterpalastes hinterlässt einen starken Eindruck.

Gleich neben dem Winterpalast befindet sich das berühmte Museum der Eremitage. Goldschatz, Skulpturen, der Moses von Michelangelo, Rembrandt, Murillo, moderne französische Meister. Eine überreiche Fülle wertvollsten Kulturgutes. Aber es treibt mich hinaus auf die Strasse. Ohne Führung bummle ich über die Brücke der Republik, welche die grosse Newa überquert.

Drüben liegt die Peter- und Pauls-Festung, zur Linken am Leutnant-Schmitt-Quai die Universität, das Institut für das Sowjet-Recht. Auch der Verkehr über die kleine Newa ist verhältnismässig gering. Die Bevölkerung trägt proletarische Alltagskleidung. Man trifft viele hagere, müde und abgespannte Gesichter. Die Wohnquartiere nördlich der Newa um den Karl-Liebknecht-Prospekt herum zeigen das bereits von Moskau her bekannte Bild des Zerfalls: sich lockernder Mörtel, zahlreiche zerbrochene Fensterscheiben, abgebrochene Gesimse. Der Zugang zum Lunapark ist eine grundlose Lehmmasse. Auf der Newa entrindet eine Gruppe von Arbeitern zugeflösste Baumstämme. Lebhafter ist der Verkehr auf der Rawenstwa-Brücke. Ein junger Bursche schwingt sich auf den Puffer des fahrenden Trams. Ueberrascht bleiben wir stehen. Da fährt eine neuer Tramwagen vorüber: Solide Holzkonstruktion mit automatischer Schiebetüre, an der Spitze der Sowjetstern, ein Wagen, wie ich ihn in ähnlicher Konstruktion in Mailand sah. Auch dieser Wagen scheint zur neuesten Produktionsserie zu gehören.

Der Besuch der Peter-Pauls-Festung bringt klar zu Bewusstsein, wie herrlich weit wir es in Europa in den letzten zwanzig Jahren gebracht haben. Bis zum Kriege galt die Gefangenenburg des Zarismus mit der charakteristischen vergoldeten Turmspitze als ein schauerliches Symbol der russischen Despotie. Dabei sind die Zellen, in denen ein Krapotkin, eine Vera Figner gefangen gehalten wurden, mindestens zwei Meter hoch, 3 Meter breit und 4 Meter tief, während das nationalsozialistische Deutschland den russischen Zarismus bereits durch seine Oranienburger Steinsärge überboten hat.

Genüber der Peter-Paul-Festung zieht eine blaue Moschee den Blick auf sich. Wir haben uns wieder unserer Rundfahrtgruppe angeschlossen, nicht ohne strafende Blicke der Führerin einzutauschen. Nun geht es kreuz und quer durch das Stadtzentrum, über den Platz der Opfer der Revolution, den Winterpalast und der Admiralität zum Dekabristenplatz mit dem Denkmal Peters des Grossen, durch den Newski- resp. Oktoberprospekt zur Kathedrale. Hie und da staut sich die Menge in Schlangen vor einigen Kaufläden. Zersprungene Schaufensterscheiben gehören nun mal zum russischen Alltag. In einer Droschke mit Kummet und Gaul fahren zwei GPU.-Soldaten vorüber. Der Winterpalast wird auf der Newaseite von unten nach oben neu gestrichen. In einem bewaffneten Trupp von 6 Mann marschiert eine Frau in Uniform, das Gewehr geschultert, mit. Die automatischen Verkehrssignale am Oktoberprospekt funktionieren. Die Verkehrspolizisten scheinen recht beliebt zu sein: Immer wieder trifft man „Verkehrspolizist spielende“ Kinder.

Russische Höfe und Hinterhäuser

Nach beendeter Rundfahrt stehen uns noch etwa 1½ Stunden zum Bummel zur Verfügung. Wir tauchen in der dichten Menge des Oktoberprospektes unter. Mehrfach werden wir von Kindern angebettelt. Auch eine Mutter mit einem Kind im Arm macht sich an uns heran. Ein Polizist hält einige bettelnde Kinder an und nimmt ihnen die zusammengebettelten ausländischen Geldstücke ab. Immer wieder trifft man auf Strassenhändler. Blumen, Aepfel, Gurken, Tomaten werden angeboten. Schuhnestel, Schuhcreme wird verkauft. Man kann sich die Schuhe putzen lassen. Im Kino wird ein amerikanischer Wildwestfilm gespielt.

Da öffnet sich der Blick in einen Hof. Gräben sind aufgeworfen. Irgend eine Kanalisation wird verlegt. Im Treppenhaus zerfetzte Ledertüren. Man kann rasch einen Blick in einige Werkstätten werfen. Drei Arbeiter stellen in einem Kellerraum in mit Säure geschwängerter Luft blinkende Sowjetmedaillons her. Eng und gedrückt ist der Raum der benachbarten Setzerei mit anschliessender Druckerei. In einem dunkeln Kellergewölbe waschen 4 Frauen an zwei Trögen Wäsche. Die Waschküche ist durch eine elektrische Birne erleuchtet. Vor einem Kellereingang repariert ein Arbeiter ein Fahrrad. Ein Lehrling versucht die lose, quer über den Eingang gespannte Lichtleitung mit hartem, spröden Kautschukrohr zu isolieren. Daneben liegt ein Haufen von Blumentöpfen. Durch die Hoftüre blickt man in einen über und über schmutzigen und anordentlichen Raum, vorn scheint ein Blumenladen zu sein. Ueberraschend ist der Blick von der Strassenseite in den Laden: Zahlreiche Blumen, zum Teil in Töpfen stehen da zum Verkauf. Daneben hängen in der Auslage eines Schneiders Kleider mit Naphtalinbrocken bestäubt. In Lebensmittelladen drängen sich die Menschen. Butter und Käse kosten pro 100 Gramm 20 bis 35 Kopeken. Wurst und Konserven sind in reichlicher Menge vorhanden.

Ein zweiter Hof. Sauber und sorgfältig ist da Holz zu Haufen geschichtet. Die Hoftüre ist an Stelle der Fenster mit Brettern zugenagelt. Ein Kellerrestaurant (Pektopok), und 10 Kellner erwarten um weisse Tische herum Gäste. Hinter der Türe ein Gummibaum und ein ausgestopfter Bär als Schmuck. Ein Bier kostet 1.20. Ein Sportgeschäft hält Fussbälle, Tennisrakets feil. Die russischen Haarkünstler amten in weisser Schürze wie bei uns. Bücherladen mit russischer Literatur. Man kann das Sowjetzündholz „Kremlite“ neben etwas dunkelbrauner Seife kaufen. Auch falscher Glasschmuck wird angeboten. Ein dritter Hof. Abfälle in grossen Haufen, zwischen denen man sich durchwinden muss. Eiserne Bettgestelle harren des Abtransportes.

Ein groser Zug von Reservisten zieht am Abend während unserer Rückfahrt zum Schiff zur Einkleidung in die Kaserne. Dann kommt die Einschiffung. Eine russische Kapelle und die Bordkapelle spielen abwechselnd die Nationalhymnen, bis unser Dampfer den Weg nach Kronstadt gewonnen hat. Nun setzen die Diskussionen an Bord ein. Unsere Reisegesellschaft ist einhellig entsetzt. Alle Kinder sollen unterernährt sein. In der Tat ist auch heute noch Leningrad im Vergleich zu Reval oder Helsingfoers eine schmutzige, unordentliche, verwahrloste Stadt. Einzig das Stadtzentrum um den Winterpalast herum ist tadellos sauber. Dennoch ist die eine Tatsache nicht zu verkennen: der Warenmangel des Jahres 1933 weicht einer wachsenden Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Neue Tramwagen, neue Omnibusse belegen die technische Leistungsfähigkeit der neu aufgebauten russischen Industrie. Noch müssen ungeheure Kapitalanlagen z. B. nur im Verkehrswesen, im Bau von Strassen und Bahnen gemacht werden. Noch arbeitet der bürokratische Verwaltungsapparat mit grösster Schwerfälligkeit und fachlicher Unzulänglichkeit, aber die Symptome der inneren Gesundung sind unverkennbar. Die Läden sind nicht so trostlos leer und ausverkauft wie letztes Jahr, die Qualität der produzierten Güter nimmt zu, dem freien Handel wird vermehrter Spielraum gelassen, dort wo er technisch nicht zu umgehen ist. Wann die landwirtschaftliche Produktionskrise überwunden sein wird, welche Rückwirkungen eine kriegerische Auseinandersetzung mit Japan auf die russische Volkswirtschaft ausüben wird, kann nicht vorausgesagt werden. Noch ist die Produktivität der russischen Wirtschaft gering, aber vieles beginnt sich zu bessern. Und dies ist vielleicht das Wichtigste.

Heinrich Lämmlin. Nachdruck verboten.

Zum Kampf

Gib Raum, gib Raum, laut dröhnt der Schritt,
die Fahnen wehn im Sturm,
sie wehen rot,
sie künden Tod,
dem, der uns höhnt, dem der uns tritt
gib Raum, du Erdenwurm.

Schreit laut, schreit laut der Welt ins Ohr:
Hass aller Tyrannei!
Wir führen Krieg,
und nach dem Sieg,
macht rasch, brecht auf das Zuchthaustor
und lasst die Brüder frei.

Der Tod, der Tod, der Tod geht um,
die Ketten werfet ab!
Die Flamme loht,
das Blut fliesst rot,
Millionen Brüder still und stumm,
die steigen aus dem Grab.

Komm mit, komm mit, komm Bruder mit,
die Toten gehn voran
im letzten Krieg,
zum grossen Sieg,
die Freiheit kämpft mit uns im Glied:
ein neuer Tag bricht an.

Arbeiters Neidgefühl

Ein deutscher Ruhrarbeiter machte unlängst mit seiner Frau einen sonntäglichen Radausflug. Auf der Heimfahrt kamen sie an einer Gaststätte vorbei und wollten einkehren. Aber siehe — vor der Gaststätte waren lauter unheimlich elegante Automobile aufgereiht — etwa 400 an der Zahl — und fast von jedem wehte ein Hakenkreuzfähnchen. Der Arbeiter und seine Frau fühlten sich unbehaglich in so feudaler Gesellschaft, sie machten kehrt. Daheim setzte sich der Mann hin und schrieb an den „Rurarbeiter“, das amtliche Organ der „deutschen Arbeitsfront“, Gau Essen, einen Brief, in dem es hiess:

„Wir sahen die Menschen, die in ihren Automobilen ankamen. Es kam uns angesichts der vielen Automobile einmal so recht zum Bewusstsein, was für arme Teufel wir sind. Meine Frau fragte mich dann, da sie fast an jedem Auto Hakenkreuzwimpel sah: Karl, meinst du auch, dass diese Leute alle für Hitler sind, sind das auch Nationalsozialisten? — Ob ich wollte oder nicht, ich nahm mir all die vornehmen Besucher unter die kritische Lupe und sah das satte und behagliche, ohne Nahrungssorgen lebende Bürgertum, so wie es unser Führer in seinem Buche „Mein Kampf“ so treffend geschildert hat...“

Und das Organ der Deutschen Arbeitsfront druckte den Brief ab. Aber nicht zum Zeichen des Einverständnisses. Im Gegenteil! Der Arbeiter, der es gewagt hatte, sich zu wundern, der es gewagt hatte, Wort und Wirklichkeit im „dritten Reich“ zu vergleichen, der Hilfe von der Arbeitsfront erwartete, weil er sich selbst in all den Widersprüchen nicht zurechtfand, bekam einen gepfefferten Rüffel:

„Zunächst — wenn unser Freund sich auf das Buch des Führers „Mein Kampf“ bezieht und daraus die Abneigung des Führers gegen das Wohlgehen des Bürgers schlechthin ableiten will, so ist er einem grossen Irrtum zum Opfer gefallen. Offenbar will der Führer bei seiner Kritik am liberalen Bürgertum nichts anderes, als diese politische Verantwortungslosigkeit des Bürgertums geisseln... Zweitens ist gegen die Ausfühungen unseres Volksgenossen einzuwenden, dass das betreffende Lokal ein gutbürgerliches Kaffe-Restaurant ist, und dass man dort für einen unbedingt annehmbaren Preis eine gute Tasse Kaffe trinken kann... Aber unser Freund ist bei seinen Beobachtungen dem marxistischen Neidgefühl zum Opfer gefallen. Das blosse Neidgefühl hat auf der Welt noch nie etwas Gutes vollbracht. Neid ist die Schlange, die auf der Erde kriecht und zischt. Wenn aber unser Freund beim Lesen dieser Zeilen kleinmütig werden und mit „aber“ und „wenn“ unsere Argumente aus der Welt zu streiten versuchen sollte, so erinnern wir ihn an das Sprichwort: „Aber, Wenn und Gar sind des Teufels Ware“.

Fast könnte man meinen, es habe sich ein Meckerer in die Redaktion geschlichen, denn mit blöderen Argumenten ist selbst in der Goebbels-Presse selten diskutiert worden. Dennoch muss der Ruhrarbeiter, der den Brief schrieb, sehr vorsichtig sein, denn wenn er nach der erhaltenen Belehrung immer noch ein „Wenn und Aber“ hat, läuft er Gefahr, ins Konzentrationslager geschafft zu werden. Vielleicht sogar per Automobil, damit er künftig nicht mehr behaupten kann, Automobile seien nicht für deutsche Arbeiter gebaut.

Beethovens Stammlokal wird versteigert

Das bekannte Altwiener Lokal „Zum wilden Mann“ im Prater musste dieser Tage wegen Zahlungsschwierigkeiten zwangsverpachtet werden. Es ist eins der ältesten Wirtshäuser im Prater und steht auf dem Grundstück des Wirtshauses „der Grüne Papagei“, in der Beethoven und seine Freunde als Stammgäste verkehrten.

Das Geheimnis des Leuchtturms von Suakin

Die Tragödie des letzten Leuchtturmswächters. — Insel der Selbstmörder im Roten Meer.

Unaufhörlich durchzucken die Strahlen des meerumspülten Leuchtturms die dunkle Nacht. Unheimlich tuten die Nebelhörner. Der Leuchtturmwächter auf dem Diebel Ter im Roten Meer waltet seines verantwortungsvollen Amtes. Als der Morgen graut, verlöschen die Lichter nicht. Die frommen mohammedanischen Pilger, die sich von Eingeborenen nach Mekka übersetzen lassen, flüstern geheimnisvoll. Der Fremde, der zum erstenmal in diese Gegend kommt, erfährt eine furchtbare Tragödie des geheimnisvollen Leuchtturms von Suakin im Roten Meer.

Eine nächtliche Schiffstragödie

Vor vielen Jahren passierte ein grosser englischer Dampfer das Rote Meer. In der Gegend, wo später der Leuchtturm von Suakin erbaut wurde, lief das stolze Schiff auf ein Korallenriff und versank. Passagiere und Mannschaften wurden von den Wellen verschlungen. Nur einer entkam dem nassen Tode. Es war die Frau des Kapitäns. Sie wollte sich von dem Platz, an dem ihr Mann die letzte Ruhestätte fand, nicht trennen. Sie blieb in der Nähe von Suakin, wo damals noch ein reges Leben herrschte. Suakin war Sammelpunkt der Mekka-Pilger.

Aber man ging nicht nur religiösen Pflichten nach, sondern Suakin war auch bekannt als Umschlagsplatz für Sklavenhändler, die in diesem alten afrikanischen Hafenplatz mit grossem Erfolg ihrem traurigen Geschäft nachkamen.

Der Leuchtturm in der Wüste.

Unweit von Suakkin ragen steile Felsen aus dem Meer. Auf diese Felsen liess die Witwe des Kapitäns einen grossen Leuchtturm erbauen, der die Schiffer auf den Fahrten in dunklen Tropennächten warnen sollte. Lange Jahre wurde an diesem Leuchtturm gebaut, und der Glanz von Suakin verblasste mehr und mehr. Die einst stolze und blühende Stadt wurde verdrängt von Port Sudan, das bis auf den heutigen Tag Handels- und Geschäftsplatz im nordöstlichen Afrika wurde. Noch vor seiner Fertigstellung verbanden die Eingeborenen mit dem Leuchtturm die geheimnisvollsten Geschichten. Und so kam es, dass es geraume Zeit dauerte, bis man den ersten Leuchtturmwächter in sein gefährliches und einsames Amt einführen konnte.

Der Tod schleicht umher

Eines Nachts spähten die Schiffer vergebens nach dem Orientierungszeichen des Leuchtturms auf dem Diebel Ter. Alle Warn- und Rufsignale der Schiffer blieben von dem Leuchtturmwächter ungehört. Mit dem ersten Leuchtturmwächter begann die Kette einer furchtbaren Targödie um den neuen Leuchtturm auf dem Felsenriff. Die sengende Hitze und die Einsamkeit hatten dem Mann den Verstand geraubt. Nachdem er längere Zeit verschollen war, tauchte er eines Tages bei der Polizei auf und meldete dort, dass seine Frau tot sei. Sie sei vom Turm gefallen, oder vielleicht habe er sie in die Tiefe gestürzt. Das Gedächtnis hatte den ersten Leuchtturmwächter verlassen.

Lieber tot, als Leuchtturmwächter

Das Geheimnis um den Leuchtturm im Roten Meer nahm immer unheimlichere Formen an. Immer wieder flohen die Leuchtturmwächter freiwillig aus dem Leben, wenn sie kurze Zeit ihren Dienst versehen hatten. Siebenmal in sieben Dezennien fand man die Wächter erhängt auf. Die unerträgliche Hitze des Sudan und die gelbe Hölle der verzehrenden Einsamkeit im Roten Meer raubte den Menschen den Verstand. Es wurde immer schwerer, einen Nachfolger für den freiwilig aus Amt und Leben scheidenden Leuchtturmwächter zu finden. So kam man auf die Idee, den zum Tode verurteilten Eingeborenen und sogar den Fremden das Leben zu schenken, wenn sie sich bereit fanden, den Dienst auf dem Leuchtturm anzutreten. Ja, als sich hier nicht einmal Bewerber fanden, gingen die Behörden, die auf den Leuchtturm als Wegweiser für die Schiffe nicht verzichten können, in ihren Angeboten noch weiter. Die Todeskandidaten erhielten nicht nur ihr Leben zum Geschenk, man versprach ihnen sogar nach zehnjähriger Dienstzeit Freiheit und Vergebung. Man hätte annehmen sollen, dass sich Menschen im Angesicht des Todes zu jeder Tat bereit finden, die ihr Leben erhält. Die rauhe Wirklichkeit sah aber anders aus. Araber, denen man den Selbstmordposten auf dem Leuchtturm angeboten hatte, zogen verächtlich den Tod vor. Seit Monaten schon bemühen sich die Behörden, einen neuen Leuchtturmwächter zur Beschützung der Schiffe vor den gefährlichen Felsenriffen vor Suakin zu finden. Aber bis heute noch ist der stille Posten eines Leuchtturmwächters auf dem Diebel Ter frei.

Donna Sol

/ Von **Vicente Blasco Abanez.**

Eine Sennora durchschritt die Reihen der Betenden: hochgewachsen, schlank, von auffallender Schönheit. Unter einem mächtigen Federhut — alle anderen Damen trugen die schwarze Spitzenmantilla — flimmerte beinahe anstössig ihr dunkles Haar. Gallardo kannte sie vom Ansehen. Es war Donna Sol, in Sevilla die Botschafterin genannt. Blicke und Geflüster wie eine ihr gebührende Huldigung entgegennehmend, kniete sie nieder, um den Kopf für einen Augenblick im Gebet zu neigen, und liess dann ihre grünen Augen durch die ganze Kirche schweifen, als befände sie sich im Theater. Diese Augen schienen zu lächeln, wenn sie auf das Gesicht einer Freundin trafen, wanderten weiter und begegneten Gallardos starren Blick.

Bescheidenheit war nicht Sache des Matadors. Gewohnt, der Mittelpunkt des Interesses für Tausende zu sein, wähnte er, dass ihm, wo er sich auch zeigte, überall die Aufmerksamkeit der Menschen gelten müsse. Und Frauen? Wie viele hatten ihm nicht in vertraulichen Stunden die Erregungen und Wünsche eingestanden, die sein Anblick in der Erena bei ihnen auslöste! Doch Donna Sols Augen senkten sich nicht: im Gegenteil, sie fixierte ihn mit der kühlen Ruhe der grossen Dame, bis der Matador endlich wegschaute.

Caramba, was für eine Frau! Das wäre der Mühe wert... Beim Verlassen der Kirche blieb er an der Tür stehen, um sie noch einmal sehen zu können. Dasselbe unerklärliche Gefühle, das ihn trotz ängstlicher Proteste des Publikums zu Tollkühnheiten trieb, regte sich auch jetzt — die Ahnung von irgend etwas Ausserordentlichem, wie an den Nachmittagen, wenn ihn in der Arena das Glück besonders begünstigte.

Donna Sol trat aus der Kirchentür. Ohne Verwunderung sah sie ihn an, als hätte sie geahnt, dass er draussen warten würde, und bestieg ihren Wagen. Doch als die Pferde anzogen, wandte sie noch einmal den Kopf, und ein leichtes Lächeln grüsste den Espada.

Den ganzen Abend über zeigte sich Gallardo wortkarg und zerstreut. Er dachte an seine bisherigen Liebschaften, Eroberungen, auf die er stolz gewesen war, die ihn jetzt jedoch mit einer gewissen Scham erfüllten. Ah, wenn er diese Frau erringen könnte, die wie eine entthronte Königin in Sevilla lebte!... Zu seiner Bewunderung ihrer Schönheit gesellte sich noch die Ehrfurcht des ehemaligen Gassenjungen vor ihrem hohen Rang, der angeborene Respekt in einem Lande, wo Geburt und Vermögen so viel bedeuten.

Sein Bevollmächtigter, ein intimer Freund des Marquis von Moraime, hatte ihm verschiedentlich von Donna Sol gesprochen

Müde von zehn im Ausland zugebrachten Jahren, war sie mit einem Heisshunger nach andalusischem Leben und Treiben vor wenigen Monaten nach Sevilla zurückgekehrt. Bei den Stiergefechten zeigte sie sich — ein lebendes Bild von Goya — in dem historischen Kostüm der Maja. Sass sie zu Pferde, über dem schwarzen Rock ein kurzes Herrenjackett, mit roter Krawatte und weissem Filzhut, so gab es kein Hindernis. Stets ging ihr Pferd als erstes über die breitesten Gräben.

Nicht mehr ganz jung. Gallardo erinnerte sich dunkel, sie auf Spaziergängen im Deliciaspark an der Seite ihrer Mutter gesehen zu haben — eine Luxuspuppe aus den Schaufensterauslagen, während er zwischen den Wagenrädern herumflickte, um Zigarrenstummel aufzusuchen. Sie mussten im gleichen Alter sein, Ende der Zwanziger. Aber welch glänzende Erscheinung, und so verschieden von den anderen Frauen! Als wäre ein schlanker Paradiesvogel in einen Hühnerhof voll rundlicher, wohlgefütterter Hennen geraten.

Don Jose kannte ihre Vergangenheit. „Ein Tollkopf, diese Donna ol! Ihr romantischer Name passt ausgezeichnet zu dem kaprizösen Charakter und freien Benehmen." Beim Tode ihrer Mutter im Besitz eines grossen Vermögens, heiratete sie in Madrid einen Aristokraten, der zwar an Jahren nach ihr Vater hätte sein können, dafür aber einer lebenslustigen Frau die verlockende Aussicht bot, an seiner Seite Spanien bei den ersten Höfen der Welt zu repräsentieren.

„Die verstand es, sich zu amüsieren, Juan", schmunzelte Don Jose. „Zehn Jahre lang hat sie in allen Teilen Europas Männern die Köpfe verdreht. Das reinste Geographiebuch mit diskreten Fussnoten... Armer Botschafter! Ich glaube, er starb aus purer Verlegenheit, weil ihm kein Ort mehr einfiel, wohin er gehen konnte. Sie trieb es karg. Kaum waren sie ein Jahr an irgendeinem Hof, so schrieb die Königin oder Kaiserin des betreffenden Lands vertraulich nach Madrid mit mit der Bitte, den Herrrn Botschafter mit seiner gefährlichen besseren Hälfte — der unwiderstehlichen Spanierin, wie die Zeitungen sie nannten — abzuberufen. Die höchsten Damen zitterten vor ihr, als brächte sie di Cholera. Schliesslich blieben dem greisen Diplomaten nur noch die südamerikanischen Republiken übrig, doch als Mann von Prinzipien, den Könige ihrer Freundschaft würdigen, zog er es vor, zu sterben."

Vier Tage nach seinem Erlebnis in der San-Lorenz-Kirche kam Don Jose in einem Cafe der Calle de las Sierpes mit geheimnisvoller Miene auf ihn zu.

„Juanilla, du bist wirklich ein Glückskind! Weisst du, wer sich nach dir erkundigte?"

Und seinen Mund dem Ohr des Espadas nähernd, flüsterte er:

„Dona Sol! Ich soll dich ihr vorstellen. Sie hat dich in Madrid auftreten sehen und lobte deine Bravour. Caramba, vielleicht wirst du jetzt Schwager, oder so etwas Aehnliches, der gekrönten Häupter Europas."

Bildfunk — aber kostspielig

Von dieser Woche ab wird zwischen London und Melbourne der Bildfunk eingeführt. Das dabei zur Anwendung gelangende System stellt eine Verbesserung des Marconi-Faksimilie dar. Die Uebertragung einer Photographie von 22,5 Zentimeter im Quadrat dauert eine halbe Stunde. Der Preis beträgt 3 Schilling 3 Pence auf den Quadratzentimeter; für ein solches Bild also über 82 englische Pfund. Der Bildfunk wird zwar in immer stärkerem Masse von Banken, Modehäusern, Ingenieuren und Tageszeitungen benützt; ob aber die Tarife bei dem neuen Verkehr zwischen England und Australien nicht einen prohibitiven Charakter haben wird erst die Erfahrung zeigen können.

Acht Millionen Baumwollspindeln sollen vernichtet werden

Londoner Blätter melden, dass in der Baumwollindustrie von Lancashire 8 Millionen „überflüssige" Spindeln vernichtet werden sollen.

Dieser Schritt wurde in Manchester bei einer Sitzung des Auschusses der Baumwollunternehmer-Organisation beschlossen. Begründet wird die Massnahme mit dem Hinweis darauf, dass ein grosser Teil der Baumwollspinnereien während des Krieges und in den Nachkriegsjahren, die einen Rekordbedarf mit sich brachten, gegründet worden seien; schon zehn Jahre lang sei man sich in den interessierten Kreisen klar darüber, dass es in Lancashire zuviele Fabriken dieser Art gebe. Die Konkurrenz unter den Firmen sei so scharf, dass eine Gesellschaft nach der anderen in Konkurs geraten sei. Schon seit ungefähr zwei Jahren hätten sich die führenden Firmen dafür eingesetzt, dass die unmodernen und nicht hinreichend leistungsfähigen Fabriken systematisch geschlossen würden. Sie seien der Meinung gewesen, dass nur eine Konzentration der Baumwollspinnerei auf grosse Fabriken diesem Industriezweig die erforderliche Stabilität wiederbringen könne. Bisher seien diese Vorschläge nicht beachtet worden, weil die Firmen, die dagegen opponieren, zu einflussreich in der Unternehmerorganisation gewesen seien. Deshalb werde jetzt ein neuer Verband mit entsprechenden neuen Statuten gegründet, welche der Durchführung der geplanten Massnahmen kein Hindernis mehr entgegenstellen werden. Alle Firmen würden eingeladen, dieser neuen Organisation beizutreten. Die Durchführung des Restriktionsplanes sei gesichert, wenn 90 Prozent der grossen Spinnereien ihre Einwilligung gäben. 8 Millionen Spindeln seien überflüssig. Die Inhaber dieser Spindeln würden eine Entschädigung von 5 Schilling pro Spindel aus einem Fonds bekommen, welcher von den Besitzern der 30 Millionen Spindeln, welche weiter arbeiten würden, zu finanzieren wäre.

So weit die Auffassung der Produzenten. Vom Standpunkt der Konsumenten würde freilich die Frage, ob die 8 Millionen Spindeln in Lancashire „überflüssig" sind, eine wesentlich anders lautende Antwort finden.

Volkswut um einen Esel

In Indien hat im Regierungsbezirk Pandschab der Name eines — Esels Anlass zu stürmischen Zwischenfällen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gegeben. Die Verwaltung des Ortes Gurgaon hatte für den tierärztlichen Dienst einen Esel angekauft, der — ein wahres Musterexemplar aus dem Geschlecht der langohrigen Grautiere — bestimmt war, dereinst als Stammvater einer besonders auserlesenen hochgezüchteten Rasse gemerkt zu werden. Das Tier wurde einem Pfleger, und zwar einem Sikh, anvertraut, der dem Esel den Namen „Ahmad" gegeben haben soll. Später stellte sich jedoch heraus, dass hier ein Hörfehler vorlag. Der Name Ahmad ist nämlich einer von vielen, mit denen man in Indien den Propheten bezeichnet und so kam es, dass die Muselmanen in masslose Wut gerieten, weil ein Sikh, also ein Angehöriger der Hindus es gewagt hat, einen Esel mit dem Namen des Propheten anzurufen. Es kam zu gewaltigen Protestkundgebungen. Die Zeitungen widmeten dem Fall lange Artikel und die Regierung wurde mit Interpellationen bestürmt.

Schliesslich sah sich die Regierung genötigt, durch eine öffentliche Erklärung zu dem Vorfall Stellung zu nehmen. Sie behauptet, der Esel führe mitnichten den Namen Ahmad, sondern vielmehr heisse er „Ahmak", was soviel wie der „Narr" bedeutet. Damit aber auch in Zunkunft keine böswillige Verwechslung der Endung des Namens eintrete, soll der Esel weiterhin „Pahadur" genannt werden. Dieser schöne Name bedeute sowohl für Hindus, wie auch für Mohamedaner soviel wie „der Tapfere" oder „der Krieger".

Warum der katalanische Freiheitskampf zusammenbrach?

Das verräterische Doppelspiel des Generals Batet. — Die verhängnisvolle Rolle des katalanischen Separatismus

Originalbericht eines Mitkämpfers aus Barcelona.

Barcelona, im Oktober.

Den nachstehenden Bericht schreibe ich unter dem Eindruck der schweren Kämpfe in Barcelona, und ich hoffe, dass dieser Bericht, trotz den durch die veränderte Lage geschaffenen Schwierigkeiten den Weg ins Ausland findet.

Die neue Madrider Zentralregierung Lerroux-Gil Robles hatte am 6. Oktober die Gewissheit erlangt, dass sich die katalanische Linksregierung Companys dem neuen Rechtskurs widersetzen würde und nicht abwarte, bis die in den letzten Jahren errungenen Freiheiten und Rechte langsam entzogen würden.

Am Nachmittag des 6. hatte noch eine Delegation des separatistischen „Estat Catala“ und der „Allianza Obrera“ (Arbeiter-Einheitsfront) auf Ausrufung der „Republik Katalonien“ gedrängt, jedoch lediglich damit in gesteigerter Form wiederholt, was die Regierung beabsichtigte.

Um 19 Uhr ging beim kommandierenden General der 4. Division in Barcelona, General Batet, die Nachricht aus Madrid ein, dass der Kriegszustand verhängt sei. General Batet ist Katalaner, während der Diktatur Primo der Riveras hatte er sich republikanisch und katalanistisch eingestellt gezeigt und sich gegen die Diktatur gestellt. **In Barcelona brachte man Batet das grösste Vertrauen entgegen**, dass er sich bei der eventuellen Ausrufung der selbständigen katalanischen Republik, wenn nicht wohlwollend, so doch wenigstens neutral verhalte.

Batet, der freimaurerischen Kreisen sehr nahesteht, hatte dort vertraulich wissen lassen, dass er sich nicht gegen die geplante Bewegung wenden würde.

Um 21 Uhr sprach ich noch mit zwei Abgeordneten einer der hiesigen Regierungsparteien, die erklärten, von Batet würde nichts befürchtet, Gefahr drohe nicht von den Truppen, sondern von der an den Balearen konzentrierten Flotte und eventuell Fliegerangriffen vom nichtkatalanischen Spanien aus.

Die katalanische Regierung Companys hatte von der unmittelbar bevorstehenden Erklärung des Kriegszustandes Kenntnis erhalten, die Staatsgewalt wäre damit in vollem Ausmass an Madrid zurückgefallen und die Generalidad praktisch jedes legalen Machtmittels entblösst worden. Angesichts der erbitterten Kämpfe, die das sozialistische Spanien ausserhalb Kataloniens der neuen Rechtsregierung lieferte, war ein weiteres Abwarten nicht mehr möglich. Um 20 Uhr rief der Präsident der Generalidad, Companys, vom Balkon des Regierungsgebäudes, vor einer ungeheuren, begeisterten Menschenmenge, den selbständigen katalanischen Staat innerhalb der föderativen spanischen Republiken aus. Unverzüglich darauf stellte sich alles, was im linken Lager kampffähig war, in den Parteilokalen und griff zu den seit dem Abend des 5. Oktober verteilten Waffen: die Nacht und der darauffolgende Morgen sollten die Entscheidung bringen. Am Nachmittag, vor der Ausrufung der selbständigen katalanischen Republik, hatte eine Besprechung zwischen Azana, Companys, dem linksrepublikanischen Madrider Abgeordneten Bello Casares Quirga und einigen andern Oppositionellen stattgefunden: die Einheitsaktion zwischen den im übrigen Spanien kämpfenden Sozialisten und dem autonomen Katalonien und den Sozialisten war Tatsache geworden.

Um 21 Uhr, d. h. eine Stunde nach Ausrufung der Selbständigkeit, waren die Strassen von Müssiggängern und Beschäftigten frei und die bewaffneten Gruppen von „Estat Caala“, der „Esquerra“, der „Union Socialiste de Cataluna“ und der „Alianza Obrera“ beherrschten die Stadt.

Mit einer Intervention der Truppen des Generals Batet rechnete niemand, im Vertrauen auf seine in Aussicht gestellte Neutralität.

Um 20 Uhr, nach Ausrufung der Selbständigkeit, hatte der Präsident Companys General Batet aufgefordert, sich der katalanischen Regierung zu unterstellen. Batet forderte eine Stunde Bedenkzeit. Kurz nach 21 Uhr erschien auf der Plaza de la Republica, vor dem Regierungspalast der Generalidad, eine Abteilung Militär (Artillerietruppen), die Companys ... für verhaftet erklären wollten. Der Kommandant der Truppen der Generalidad, der „Mozos der Escuadra“, Perez Farras, hält das Militär am Tor der Generalidad auf und erklärte, Companys weiche nur der Waffengewalt. **Darauf wird das Feuer auf die spanischen Truppen eröffnet**, deren Führer, Generalstabshauptmann Gonzola Suarez Navarro, fällt; die Truppen ziehen sich zunächst zurück.

Die in den verschiedenen Parteilokalen verteilten Hauptkräfte der Aufständischen erhalten, kurz nach 21 Uhr, den Befehl von seiten des Führers der Aufständischen, des katalanischen Ministers Dencas, bestimmte strategische Gebäude zu besetzen. Den Gruppen der spanischen Sozialisten gelingt es noch, ihre Lokale, die der Artilleriekaserne Atarazanas gegenüber liegen, zu verlassen.

Wir selbst schickten uns an, um 21,30 Uhr das Volkshaus zu verlassen, um zum Schutze der Generalidad das Gebäude des Pathe-Cinema in der Via Layerana zu besetzen.

Da stellte sich heraus, dass unvermittelt die Truppen die Strassen besetzt hatten; wir waren eingeschlossen.

Ebenso erging es den im Hause der Cadci, des Verbandes Kaufmännischer Angestellten, konzentrierten Aufständischen. Die Verbindung mit der Generalidad war abgerissen, und nur die durch Radio erreichten Anordnungen erreichten uns noch. Zwischen den Aufständischen, die die Strassen besetzt hielten, und den Truppen entbrannte die ganze Nacht hindurch der Kampf. Die Truppen, meist Artillerie, versuchten die Generalidad zu besetzen und das gegenüberliegende Stadthaus, in dem sämtliche Stadtverordnete und Stadträte versammelt waren, die sich eben mit der katalanischen Regierung solidarisch erklärt hatten. Um die Plaza dela Republica entbrannte ein erbitterter Kampf.

Die neu hinzugezogenen Truppen erlitten schwere Verluste, bis zuletzt Geschütze aufgefahren wurden, die rücksichtslos das Stadthaus und die Generalidad beschossen.

Die Aufständischen der „Esquera“ griffen von den Lokalen der Cadci aus die Truppen an, die die Lokale mit Artillerie zu beschiessen begannen. Das Gebäude ist heute ein Trümmerhaufen, drei Tote und eine grössere Anzahl Verwundeter sind zu beklagen. Den Aufständischen in diesem Gebäude **standen nur 17 Gewehre zur Verfügung**, sie schossen bis zur letzten Patrone; mit dem Verrat des Generals Batet hatte man nicht gerechnet.

Wir selbst, vom Volkshaus der „Union Socialista des Cataluna“ aus, waren im Gewinkel der Altstadt eingeschlossen und versuchten verschiedentlich vergeblich, mit den übrigen Zentren der Aufständischen und der Generalidad Kontakt zu bekommen. Im übrigen wussten wir nicht, was ausserhalb unseres Viertels geschah. Wir hatten uns zunächst vor den Angriffen der Truppen und einigen nicht genauer festgestellten Gruppen bewaffneter Zivilpersonen zu verteidigen. Lediglich die hartnäckige Verteidigung der umliegenden Strassen und die Besetzung sämtlicher Fenster und Balkone hat das Volkshaus gerettet, wobei allerdings zu unsern Gunsten entschied, dass infolge der Enge der Strassen die Artillerie nicht gegen die Vorposten der „Union Socialista des Cataluna“ vordringen konnte.

Es wurde dann daran gegangen, mit Strassenpflaster Barrikaden zu errichten, was wir unter Feuer taten. Im übrigen verfügten wir nur über etwa 100 Gewehre, keine Handgranaten, kein Maschinengewehr.

Unterdessen hörten wir dauernd die Geschütze, ohne dass wir wussten, wer auf wen schoss: es handelt sich hauptsächlich um die Artillerieangriffe auf die Generalidad und Ayuntamento (Stadthaus), wie wir später erfuhren. Der vollkommene Zusammenbruch des Verbindungsdienstes **infolge des überraschenden Angriffes des Generals Batet**, verhinderte uns, die Artillerie, die die Plaza de la Republica beschoss, von der Flanke aus anzugreifen. Gegen 6 Uhr, als bei Morgengrauen die spanischen Flugzeuge über Barcelona zu kreisen begannen, war die Lage der Regierung und des Stadtrates, die in den schwer beschädigten Gebäuden eingeschlossen waren, **unhaltbar** geworden. Die katalanischen „Mozos de Esuadra“ hatten die ganze Nacht hindurch von den Generalidad aus und von den Dächern der umliegenden Häuser erbittert gekämpft, aber ein weiterer Widerstand war umsonst. Companys rief den General Batet an und liess auf Avunttamento und Generalidad die weisse Fahne aufziehen. Der Mann, der die Fahne aufzog, wurde übrigens verwundet. Companys übergab sich Batet, erklärte sich als einzigen Verantwortlichen; er und sämtliche Regierungsmitglieder, Stadtverordnete und Stadträte wurden verhaftet und auf das im Hafen liegende Schiff „Uruguay“, das schon früher als Gefängnis benutzt wurde, gebracht.

Als die Aufständischen in den übrigen Zentren durch Radio von der Uebergabe hörten, spielten sich einzelne, schwer wiederzugebende Szenen der Erbitterung ab; man hatte mit längerm Widerstand gerechnet, auch wusste man nicht, weshalb die Uebergabe erfolgt war. Einige hielten sich für verraten, ohne den Verrat auf der Seite des Generals Batet zu suchen.

Gegen 8 Uhr, als die Truppen hauptsächlich im Regierungsviertel beschäftigt waren, verliessen die aufständischen Arbeiter, wo sie noch konnten, die Zentren. **Der Kampf war verloren.** Trotzdem wurde noch am Nachmittag des 7. und 8., von isolierten Kämpfern, von Dächern aus geschossen. Die eingesetzten Flugzeuge machten auch damit ein Ende.

Die aus der Provinz eingetroffenen bewaffneten Kleinbauern unternahmen einige kühne Angriffe auf die Marinefliegerzeugstation: sie warfen sich in geschlossener Gruppe den Marinesoldaten entgegen, und das Fehlen jeder Strassenkampftaktik verursachte ihnen schwere Verluste. Dies ist nicht das eizige Beispiel **des heldenmütigen Kampfgeistes**, der die katalanischen Aufständischen und Sozialisten beseelt hat und beseelt.

Fast alle, die im katalanischen politischen Leben links standen, sind verhaftet: an die 2 000.

Unter ihnen Companys, Comorera, Cassol, der frühere spanische Vertreter beim Völkerbund, Hurtado usw. Lediglich Dencas, der die Aktion von dem ebenfalls schwer beschädigten Gebäude des Gobierno Civil aus leitete bzw. leiten sollte, konnte im letzten Moment entfliehen. Einer der Organisatoren der Bewegung, der frühere katalanische Polizeipräsident, Miquel Badia, kämpfte noch bis 9,30 Uhr auf der Strasse, als der Widerstand in den übrigen Zentren längst aufgegeben war, dann gelang es ihm in der Richtung der französischen Grenze zu fliehen. Bei Figueras wurde er von der grünen Guardia Cicil angehalten, schaffte sich aber mit einer Maschinenpistole Durchgang. Wo sich Dencas und Badia befinden, ist derzeit nicht bekannt.

Companys hat kapituliert, um, wie er erklärte, weiteres Blutvergiessen in einem Kampf zu vermeiden, den er in jener Stunde als aussichtslos erklären musste. An Kritiken fehlt es nicht: wäre noch ein Tag ausgehalten worden, so hätte man wahrscheinlich auf das Eingreifen von katalanischen Regimentern aus den Provinzstädten Lerida und Gerona rechnen können, die mit der Bewegung sympathisieren. Jedenfalls hat es an Taktik gefehlt. **Und ebenfalls fehlte es an Maschinengewehren und Handgranaten**, besonders an letzteren! Badia und Dencas wäre es zweifellos möglich gewesen, diese zu beschaffen, auf dem Umweg über das Polizeipräsidium, dem Badia vorstand. Es waren vorzügliche Winchestergewehre zu 11 Schuss vorhanden; die Beschaffung von Handgranaten wurde versäumt. (Die meisten Handgranaten der Truppen explodierten übrigens nicht).

Der eigentliche Grund der Niederlage ist jedoch zweifellos das unvorhergesehene, und tatsächlich auch nicht vorauszusehende Eingreifen des Generals Batet, der vorher Loyalitätserklärungen abgegeben hatte und dann sein Wort brach.

Inzwischen hat die Madrider Regierung vier Kriegsschiffe von den Balearen aus nach Barcelona geschickt. Die offizielle Madrider Nachricht, dass diese in Barcelona unter den begeisterten Rufen der Menge: „Es lebe Spanien“ eintrafen, ist unwahr. Bei ihrer Ankunft war überhaupt keine Menge vorhanden, da zu der Zeit noch gekämpft wurde. Und noch kurz nach Ankunft kam es im Hafen noch zu Schiessereien. Besondere Erbitterung hat in Katalonien hervorgerufen, dass die Madrider Regierung ein Regiment — Fremdenlegionäre aus Melilla (Afrika) nach Barcelona geschickt hat.

Der Aufstand ist zwar niedergeschlagen. Heute herrscht noch verzweifelte Niedergeschlagenheit, die Opfer waren umsonst.

Man glaube jedoch nicht, dass dies das Ende der katalanischen Bewegung einerseits sowohl als auch der sozialistischen Bewegung in Katalonien und Spanien bedeute.

15 Monate braunen Terror über Danzig

Von **Praeceptor Gedanensis**

Im Rahmen einer Artikelserie gibt der Verfasser einen Ueberblick über die bisherigen Ereignisse in Danzig, seitdem die Nationalsozialisten die Regierung übernahmen. In diesem Tatsachenbericht sind besonders jene politischen Momente hervorgehoben, die für die werktätigen Massen von Bedeutung sind. Er soll aber auch beweisen, dass trotz Terror und Verboten aller Art, der klassenbewusste Teil der Werktätigen immer seine Pflicht getan hat und tun wird bis das Joch des Kapitals und seiner Kettenhunde endgültig abgeschüttelt ist.

Es ist bitter Wahrheiten zu sagen, doch bitterer noch zu schweigen, wenn gesprochen werden muss. Unzählige Opfer sind gebracht von den klassenbewussten Werktätigen in Deutschland und Danzig. Glühender, unverlöschlicher Hass gegen die Unterdrücker und ihre Henker beseelt jeden, der der gefallenen und hingemordeten Brüder des Jammers Tausender in den Konzentrationslägern, Zuchthäusern und Gefängnissen schmachtende, der blutigen Tränen ihrer Mütter, Frauen und Kinder gedenkt. Und dieser Hass ist es, der uns immer von neuem antreibt, wenn wir in unserer Arbeit erlahmen wollen; denn sie gilt der Befreiung unserer Brüder und der Befreiung der gesamten werktätigen Klasse.

Danzigs Historie verzeichnet Gewalttaten, Hinterlist und Kampf. Ewig aber wird das Jahr 1933 ein schwarzes Mal in seiner Geschichte bilden.

Im Jahre 1933 war es die reaktionäre Regierung Ziehm, gestützt von Nazis und Zentrum, welche die blutigste Hinterlist gegen den klassenbewussten Teil der Werktätigen Danzigs übte. Um der Aemter willen lieferten jene Knechte des Kapitals Dutzende sozialistischer Kämpfer in die Hände der Nazis und ihrer Schergen. Das war der Anfang der Eröffnung der Offensive gegen die proletarische Bewegung in Danzig.

Den braunen Banden wurden die Strassen freigegeben, die Polizei leistete Hilfsstellung. Bei Nacht und Nebel kamen die Mordstürme Ostpreussens und Berlins über die Grenzen Danzigs und nach der bekannten Taktik wurde die Bevölkerung eingeschüchtert durch Aufmärsche riesiger SA.-Kolonnen. Gewalttat folgte auf Gewaltat, täglich wurden blutige Ueberfälle gemeldet. Nach wochenlangem Terror waren die psychologischen Voraussetzungen erfüllt und „das Volk reif geworden“ zur Wahl. Die braune Verbrecherbewegung erhielt

52% aller abgegebenen Stimmen. Sie ging nun mit dem Zentrum und den „gleichgeschalteten" bürgerlichen Parteiresten in die Regierung, liess sich ein Ermächtigungsgesetz geben und, da die Regierungspartner sich weigerten einer Verfassungsänderung zuzustimmen, jagte die braune Soldateska sie als untauglich davon. Es wiederholte sich hier das Spiel vom betrogenen Betrüger. Der Vollständigkeit halber soll nicht vergessen werden, dass einer der Zentrumsführer, den das Zentrum für einen Senatorenposten stellte, seine Partei im Stiche liess und zu den Nazis überschwenkte. Man sieht, dass die Papen in Danzig, Deutschland und Oesterreich gleichmässig ihre Rollen spielen, wenngleich Papen in Danzig Wierciński-Kaiser heisst. Als Anerkennung ihrer Mitarbeit am Ermächtigungsgesetz wurde dem Zentrum eine der ersten Notverordnungen um die Ohren geschlagen und diese Mitarbeiter als „schwarze Bonzen" und „Prälatenpartei" verhöhnt. Heute gelten die Zentrumsanhänger, gleich den Marxisten, als „Landesverräter".

Viel früher jedoch folgten die Schläge gegen die Linksparteien. Die Nazis waren noch garnicht in der Regierung, da verbot der Putschist und Polizeipräsident sämtliche Versammlungen und Veranstaltungen der Linksparteien auf eigene Faust. Der Staatsapparat konnte diese Provokationen natürlich nur ausführen, weil 85% der höheren Beamten gekauft und bestochen waren durch spätere Aussicht auf Beförderung. Es steht heute einwandfrei fest, dass die Bindeglieder zum Polizeipräsidium der ehemalige Spion, heutige Polizeirat Sowa und der stellvertretende Präsident Darsen waren, die beide auch verantwortlich sind für die infame Auslieferung politischer Flüchtlinge an das Dritte Reich. Der dritte Geschworene war der Polizeirat Reile, der späterhin wegen Betrug in die Versenkung verschwand, was von Sowa sehr gerne gesehen wurde, da ihm der Posten eingeräumt wurde.

Sowa, als ehemaliger Spion und Meister aller agents provocateurs organisierte nun die Hetze gegen die Linksparteien von amtswegen. Er wurde dabei von einem Stab der käuflichsten Subjekte der NSDAP., der Abt. z. b. V. unterstützt. Nach aussenhin zeigt die Abt. III b des Sowa das gewöhnliche Aussehen einer politischen Polizei, aber nach innenhin ist sie um rund 150 skrupellosen Verbrechern vermehrt worden, die sämtlich aus Staatsmitteln besoldet werden. Es versteht sich, dass die wirkliche Leitung bei der „PO." der Nazis liegt und diese wiederum die Auswahl der Folterknechte vornahm, die ihrerseits durch Folterungen von den Linken Geständnisse erpressen, während die nach aussenhin auftretenden Kriminalbeamten vor Gericht die Protokolle beschwören — und Meineide leisten. Die Deckung jener Lumpen ist also vorzüglich, nur — jedes einzige Mitglied der Abt. z. b. V. ist heute namentlich bekannt und wird von den Linken nicht mehr aus dem Auge gelassen. Es nützt ihnen nichts mehr, sich als den harmlosen Bürger aufzuspielen; denn man weiss mit Sicherheit wo sie sich bewegen. Interessant dabei ist nur, dass sie sich selbst verrieten, dadurch, dass sie in zwei Gruppen gespalten, die ausser der Bespitzelung des Proletariats noch Dienste für die beiden Richtungen in ihrer Partei — Regierungs- und Forster-Lager — zu leisten haben, deren Glieder sich gegenseitig bespitzeln lassen, weil das Forster-Lager selbst die unumschränkte Regierungsgewalt in Danzig ausüben möchte, um die Bevölkerung reif zu machen für künftige Kriegspläne, was anscheinend das Regierungslager nicht fertig bekommt. Das Forster-Lager ist bestrebt, alle Organisationen sofort zu verstaalichen, die im Kriegsfalle eine Rolle spielen könnten, während das Regierungslager aus aussenpolitischen Gründen eine unmerkliche und daher langsame Schiebung vornehmen möchte.

(Fortsetzung folgt).

Neue Bücher und Zeitschriften

„Der Kampf". Die Wiener sozialistische Monatsschrift erscheint seit Mai wieder, natürlich nicht in Oesterreich, sondern in Prag. Von November an wird „Der Kampf" in vergrössertem Umfange als Internationale Revue erscheinen und nicht nur wie bisher Artikel aus der Feder der bedeutendsten sozialistischen Führer, sondern allmonatlich auch Uebersichten über Weltpolitik, Weltwirtschaft, internationale sozialistische Bewegung, internationale Gewerkschaftsbewegung, Sowjetrussland und die Entwicklung des Geisteslebens enthalten.

Inhalt des Oktoberheftes des „Kampf": H. W. Wiener Konferenz. — Otto Bauer, Der Aufstand — als Fehler. — Justus, Oesterreichische Verfassung 1934. Oskar Rosenfeld (Paris), Die Aktionsgemeinschaft in Frankreich. — Franz Himmelbauer, Theologen, Halbtheologen, Empiristen. — Bücherschau (Jeromo et Jean Tharaud, Vienne la Rouge. — Ignazio Silone, Der Faschismus. — Josef Hofbauer, Wien, Stadt der Leiden. — Theodor Wolff, der Krieg des Pontius Pilatus.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Ostpreussen und das deutsch-polnische Abkommen. Von Dr. P. H. Seraphim, Königsberg-Pr. Erschienen in Heft 6, XIV. Jahrgang des **„Ost-Europa-Markts"**, Organ des Wirtschaftsinstituts für Russland und die Oststaaten. Im Ost-Europa-Verlag, Königsberg-Pr., Berlin W. 35.

Ausserordentlich beachtenswerter Ueberblick über dieses wichtige Thema. — Die politischen und wirtschaftlichen Vertragsauswirkungen. Die Austauschbeziehungen zwischen Ostpreussen und Polen. Starke Auflockerung in der Nachkriegszeit. Die polnischen Eisenbahntarifpolitik. Umlenkung des Verkehrs. Die strukturellen Veränderungen durch die Grenzziehung und der Güteraustausch. Zukunftsaussichten. — Der Orientierung sehr empfohlen!

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11 — Schriftleitung Johann Kowoll, für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Gerhard Pawellek, beide in Katowice, Dworcowa 11 Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice

ROTER SPORT

Die ersten Spiele um die A- und B-Klassenmeisterschaft im Fussball.

Laut Beschluss der Fussballsparte wurde der Bezirk in Klassen gegliedert und gleichzeitig die Austragung der Meisterschaft festgesetzt. Es fanden demnach am letzten Sonntag mehrere Begegnungen statt. In der A-Klasse starteten

RKS Gwiazda Borki — RKS Przyszłość Domb 4:0 (3:0)

Domb spielte unter der sonstigen Form, woran wohl auch die zwei Ersatzleute einen Teil Schuld hatten. Borki war das ganze Spiel hindurch überlegen. Die Reserve von Gwiazda gewann w. o. 3:0, da Domb die Mannschaft nicht stellte.

RKS Naprzod Chorzow — TUR. Mysłowice 3:1 (1:1).

Die TUR hatte in der ersten Halbzeit ihr Pulver verschossen und musste nach dem Wechsel die Chorzower immer mehr aufkommen lassen. Ihr Sieg war verdient.

RKS TUR Schopienice — RKS Wolność Katow. 5:0 (3:0)

Der Kattowitzer Gruppenmeister musste eine katastrofale Niederlage hinnehmen. TUR war durchweg die bessere Mannschaft. Leider musste hier der Schiedsrichter von seinem Herausstellungsrecht Gebrauch machen und einen Mann der Wolność wegen ungebührlichem Verhalten vom Platz schicken.

In der B-Klasse trafen sich

RKS. Biała Przemsza Jenzor — RKS. Drukarski Katowice 4:0 (1:0)

Nach einem ruhigen Spiel gewannen die Einheimischen durch die bessere Gesamtleistung.

RKS. Siła Łaziska Gorne — RKS. Siła Janow w. o. 3:0.

1000 (in Worten: Eintausend) Zuschauer warteten vergeblich auf das Erscheinen der Janower. Hierbei ist zu bemerken, dass die Janower bisher von dieser Seite nicht bekannt waren. Der Technische Ausschuss wird sich jedoch mit der Schuldfrage befassen.

Im Handball gab es nur eine Begegnung und zwar waren es die Freien Turner. Katowice, die mit ihrer 2. Mannschaft gegen die Eins von Bar Kochba Katowice ein 8:2 herausholen konnten. Die Kattowitzer Affa-Jugend spielte gegen die 2. Mannschaft des jüdischen Turnvereins und gewann mit 4:0.

Am kommenden Sonntag ist der polnische Altmeister **KS. Azoty Chorzow** Gast der Kattowitzer Freien Turner. Chorzow hat durch die Rückkehr abgewanderter Spieler wieder an Spielstärke beträchtlich zugenommen und wird den Turnern wohl den Sieg streitig machen. Die letzte Begegnung endete unentschieden 3:3. Spielbeginn 9,30 Uhr die Reserven und 10,30 Uhr die 1. Mannschaften.

JACK LONDON

DIE ZWANGSJACKE

Als ich ein Sohn der Berge war, gab es keine Prostitution. Wir waren rein, sage ich euch, ja, und die Tiere sind es noch! Es gehört ein Mensch dazu, um mit Hilfe seiner Beherrschung des Stoffes die Todsünde zu erfinden. Geringere Tiere, die andern Tiere, kennen die Sünde nicht. Ich überfliege hastig meine vielen Existenzen. Nie habe ich eine furchtbarere Grausamkeit gekannt als die unserers heutigen Gefängnissystems. Ich habe erzählt, was ich in der Zwangsjacke und in der Einzelzelle im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, des zwanzigsten nach Christus, erduldet habe. In alten Tagen straften wir drastisch und töteten schnell. Wir taten es aus Lust, wenn ihr wollt! Aber wir waren keine Heuchler. Wir riefen nach der Presse, Kanzel und Universität, um die Ausschweifungen unserer Wildheit zu sanktionieren. Was wir zu tun wünschten, das taten wir mit erhobener Stirn, und wir versteckten uns nicht hinter den Röcken von Statistikern, Philosophen, staatlich angestellten Priestern und Redakteuren.

Du lieber Himmel, vor hundert Jahren war Ueberfall in den Vereinigten Staaten kein Verbrechen, das mit dem Tode bestraft wurde. Aber jetzt, im Jahre des Herrn 1913, haben sie in Kalifornien wegen eines solchen Verbrechens Jake Oppenheimer gehängt und morgen hängen sie mich, weil ich einem Manne die Nase blutig geschlagen habe. Herr, Herr, Christus kreuzigten sie nur. Aber weit schlimmer ist, was sie mit Jake Oppenheimer und mir getan haben...

Ed Morrell klopfte mir einmal zu „Der schlimmste Gebrauch, den man von einem Mann machen kann, ist, dass man ihn hängt." Nein, ich habe nur wenig Respekt vor der Strafe, nicht nur, dass sie etwas Gemeines, Schmutziges ist, das die Henker, die es für Geld tun, entwürdigt, sie ist auch entwürdigend für alle Bürger des Staates, die sie dulten und für sie stimmen und Steuer zu ihrer Erhaltung bezahlen. Todesstrafe ist auch dumm, so furchtbar unwissenschaftlich — „am Halse aufgehängt werden, bis er stirbt" darin liegt die ganze Phrasenhaftigkeit der menschlichen Gesellschaft...

Der Morgen ist gekommen — mein letzter Morgen. Ich schlief die ganze Nacht wie ein Kind. So friedlich schlief ich, dass der Wärter erschrack. Er glaubte, ich hätte mich in den Decken erstickt. Die Angst des armen Burschen war kläglich, stand doch seine Stellung auf dem Spiele. Es hätte vielleicht seine Entlassung bedeutet, und die Aussichten für einen Arbeitslosen sind für diesen Augenblick schlecht. Man erzählt, dass Europa vor zwei Jahren zu liquidieren begann, und dass die Staaten jetzt begonnen haben. Das bedeutet entweder eine geschäftliche Krise oder eine stille Panik und eine Vergrösserung des Heeres der Arbeitslosen zum nächsten Winter. Ich habe gefrühstückt. Man sollte meinen, dass es etwas Seltsames war, aber ich ass mit glänzendem Appetit. Der Direktor kam mit einer Flasche Whisky. Ich schickte sie mit einem Gruss in den Mördergang. Der Direktor, der Aermste, fürchtet, dass ich, wenn ich nicht berauscht wäre, das Programm und seine Anweisungen durchkreuzen würde.

Ich scheine heute eine sehr wichtige Persönlichkeit zu sein. Eine Menge Menschen haben plötzlich Interesse für mich bekommen.

Der Arzt ist soeben gegangen. Er hat mir den Puls gefühlt, ich bat ihn darum, er ist normal.

Jetzt haben sie mir das Hemd ohne Kragen angezogen....

Ich schreibe diese zufälligen Gedanken nieder, und — blattweise gehen sie ihren geheimen Weg — nach draussen.

Ich bin der Ruhigste hier, ich bin wie ein Kind, das eine Reise antreten soll. Mir liegt daran, fortzukommen. Ich bin neugierig auf das Neue, das ich sehen soll. Die Furcht vor dem Tode ist lächerlich für einen, der so oft in die Finsternis hinausgegangen ist und wieder gelebt hat...

Der Direktor mit einer Flasche Champagner. Auch die habe ich nach dem Mördergang geschickt. Merkwürdig, nicht wahr, dass man heute so viel Rücksicht auf mich nimmt? Die, welche mich totschlagen, müssen sich selbst vor dem Tode fürchten. Um Jake Oppenheimer zu zitieren:

„Ich, der ich jetzt sterben soll, muss ihnen wie etwas „Göttlich-Grauenhaftes" erscheinen..."

Ed Morrell hat mir soeben einen Gruss geschickt. Sie sagen, dass er die ganze Nacht vor dem Gefängnis auf und ab gewandert ist. Als früherem Gefangenen haben sie ihm verboten, hereinzukommen und mir Lebewohl zu sagen. Bestien? Oh, ich weiss nicht. Vielleicht nur Kinder. Ich wette, dass die meisten von ihnen sich heute nacht, nachdem sie mir den Hals gestreckt haben, vor dem Alleinsein fürchten werden.

Aber Ed Morrells Botschaft: „Meine Hand in deiner, alter Freund. Ich weiss, dass du keine Angst hast."

Jetzt sind die Reporter gegangen. Ich werde sie bald wiedersehen — zum letzten Male — vom Schafott aus, ehe mir der Henker die schwarze Kapuze über das Gesicht zieht. Sie werden lächerlich schlecht aussehen. Komische junge Burschen.

Einige von ihnen sehen aus, als hätten sie getrunken. Zwei oder drei waren schon im voraus krank bei dem Gedanken an das, was sie sehen sollen. Es scheint leichter zu sein, gehängt zu werden, als zuzusehen...

Meine letzten Zeilen. Es scheint, dass ich die Prozession aufhalte. Meine Zelle ist ganz überfüllt von Beamten und Würdenträgern. Alle sind nervös und wünschen, dass erst alles vorbei sein möge. Zweifellos sind einige von ihnen zum Mittagessen eingeladen. Es tut mir leid für sie, dass ich diese wenigen Worte schreibe. Der Geistliche hat mich nochmals gebeten, während des letzten bei mir sein zu dürfen. Armer Mann, warum sollte ich ihm diesen Trost versagen? Ich habe eingewilligt, und er sieht ganz belebt aus. Es gibt ja nur so wenig dazu, viele Menschen zu erfreuen. Ich könnte gut fünf Monate lang herzlich lachen, wenn sie nur nicht solche Eile hätten.

Hier schliesse ich. Ich kann nur wiederholen, was ich gesagt habe: Es gibt keinen Tod. Leben ist Geist, und Geist kann nicht sterben. Der Körper stirbt und vergeht. Nur der Geist bleibt und führt uns durch aufeinanderfolgende, unzählige Inkarnationen auf seinem Wege zum Licht empor. Was werde ich sein, wenn ich wieder lebe? Ich möchte es wissen! Ich möchte es wissen...

Ende.